

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes

der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal exkl. Bestellgeld.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition.
Gultheißenstraße 30, Stuttgart.

Inserate
pro Spaltige Zeitspalt 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nr 30.

Stuttgart, den 29. Juli 1899.

15. Jahrgang

Kollegen und Kolleginnen! Unterlaßt nie die Agitation für Euren Verband!

Stand und Entwicklung der schweizerischen Gewerbetätigkeit im Jahre 1898, mit besonderer Berücksichtigung des Buchbinder- gewerbes.

Das Sekretariat des schweizerischen Gewerbeverbandes hat soeben eine allgemeine Uebersicht über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Jahre 1898 publiziert und das Material dazu u. A. sich von den Zentralvorständen der verschiedenen Meisterverbände eingeholt.

Das Sekretariat erkennt an, daß das Jahr 1898 für fast alle Erwerbsklassen als ein günstiges, theilweise sogar als ein epochemachendes bezeichnet werden könne. Industrie und Handel standen mit wenigen Ausnahmen unter einem erfreulichen Aufschwung. In seiner Beweisführung für diese Behauptungen stützt sich das Sekretariat zunächst auf die Ausweise im Export und Import. Demnach hat der Gesamtwert der schweizerischen Ausfuhr um 30,28 Millionen Franken zugenommen und übersteigt die höchste Ausfuhrziffer, die im Jahre 1890 erreicht wurde, noch um volle 22 Millionen Franken. Auch die Einfuhr, die in der Hauptsache in Rohmaterialien besteht, hat eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 24 Millionen Franken erfahren. Interessant ist die Mitteilung über den Einfluß, den der amerikanisch-spanische Krieg auf das Export- und Importgeschäft ausgeübt hat. So entstand das Mehr der Ausfuhr hauptsächlich im zweiten Semester, also nach Beendigung des Krieges. Vor und während demselben trat eine manche Exportindustrie stark lähmende Stockung ein, so daß von dem Mehr der Ausfuhr nur 3,21 Millionen in diese Semesterbilanz fallen. Demnach schwang sich also der Export nach dem Friedensschlusse derart empor, daß die zweite Semesterbilanz mit 27,7 Millionen Franken belastet werden konnte.

Ein weiteres Merkmal des wirtschaftlichen Aufschwungs ist die Steigerung des Geldwerts. Alle Banken weisen einen vermehrten Geldumsatz auf und der Diskontosatz der Emissionsbanken stieg von 3,9 Prozent auf 4,31 Prozent und erreichte bis heute sogar die außerordentliche Höhe von 5 Prozent. Die Ursachen dieser außerordentlichen Anspannung des Zinsfußes sind recht mannigfache, in der Hauptsache aber bestehen sie in der wachsenden Prosperität der Industrien und des Handels und der dadurch entstandenen Unternehmungs- und Spekulationsucht. Insbesondere auch ist die Zinssteigerung auf die vielen neuen Industrie-, Elektrizitäts- und anderen Kraftwerke, sowie auf den Zuwachs der Städtebevölkerung und der dadurch bedingten regen Bau- thätigkeit zurückzuführen.

Obenstehende Merkmale des Aufschwungs bieten die Geschäftsberichte der Zoll-, Post- und Eisenbahnverwaltung. Im Ganzen stiegen die Zolleinnahmen im Jahre 1898 um 909 000 Franken, die der Post um 2 400 000 Franken und die der Eisenbahnen um 5,6 Millionen Franken.

Die Eintragungen in den Handelsregistern erreichten im Laufe der Einzelfirmen die Ziffer von 542, in dem Buche der Kollektiv- und Kommanditgesellschaftsfirmen 10, und in den Aktiengesellschaften und Genossenschaftsfirmen 30. Diese Merkmale eines Aufschwungs könnten noch beliebig vermehrt werden. Am Schlusse des allgemeinen volkswirtschaftlichen Ueberblicks sagt das Sekretariat: „Jedenfalls bereiten sich große Dinge vor. Wir stehen nicht nur vor der Schwelle eines neuen Jahrhundert, sondern auch vor einem Wendepunkt in der Weltwirtschaft. Mehr als je bedürfen wir einer besseren Einsicht der Behörden und des Volkes in die vielgestaltigen Zustände des Erwerbslebens, wenn wir allen Stürmen gewachsen sein sollen, die die nächste Zukunft bringen wird.“

Wie ist nun der Stand des Buchbindergewerbes? Diese Frage beantwortet der Experte mit dem Hinweis darauf, daß dank dem Aufschwung des Handels und der Industrie in fast allen Landesteilen es den Buchbindereien nirgends an Arbeit gefehlt habe. „Löhne und die Preise der Rohstoffe blieben gleich.“ Damit konstatiert also der Experte, vielleicht ungewollt, daß die Buchbinder eines größeren Antheils an dem Aufschwung und an der Mehrung der Erträgnisse nicht theilhaftig geworden sind. Und in den nächsten Schriftsätzen giebt auch der Experte die Umstände dieser bemühenden Erscheinung an. Er schreibt: „Das Verhältniß zu den Arbeitern darf im Allgemeinen als ein befriedigendes bezeichnet werden und der Versuch einiger Hezer (1) in größeren Städten hatte nicht den gewünschten Erfolg.“ Das ist leider wahr. Unwahr und elendes Weibergeschwätz ist es aber, wenn der Experte die Organisatoren der Arbeiter als Hezer bezeichnet. Wir meinen, ein Mensch, der einen solchen Ton anschlägt, ist eines wirklichen Hezers lebendiges Ebenbild.

Für die Buchbinder ist nun die sachliche Feststellung der Erfolglosigkeit ihrer Organisationsarbeit recht betrübend. Wenn das so fort geht, dann dürfte man bald zu lesen bekommen, daß die Buchbinder an allgemeiner Zufriedenheit sterben. Doch wir wollen das Bessere annehmen und glauben, daß die Agitation immer wieder aufgenommen und eifriger betrieben werde. Die Worte des Experten fordern ja geradezu zur äußersten Kraftanstrengung heraus.

Der Experte wendet sich dann in der Fortsetzung seiner Berichterstattung der ungesunden Konkurrenz zu, die — abgesehen davon, daß in Basel, Bern und anderen Städten immer mehr neue Geschäfte entstehen, als der Bedarf und die Nachfrage erhelst und somit die Jagd nach Kundschaft immer intensiver wird — auch von den Strafanstalten erzeugt und verschlimmert würde. Namentlich im St. Galler Gebiet nehme die Verwendung der Gefangenen für Buchbinderarbeiten einen immer größer werdenden Umfang an. „Alle Schulhefte und amtlichen Arbeiten werden im Buchhaus gefertigt mit Maschinen,

und das Charakteristische dabei ist, daß in solchen Strafanstalten schon Ueberzeit gearbeitet wurde.“ Dieses Kapitel legt einen unheilvollen Widerspruch unserer privatkapitalistischen Produktionsweise offen. Indem man die Vergehen und Verbrechen gegen Recht und Gesetz bestraft und die Menschheit durch diese Bestrafungen sozusagen beschützt und ihr eine Wohlthat erweist, wird das Straffsystem selbst zur Ursache neuer Vergehen und Verbrechen. Da hat Altmeister Goethe sehr recht, wenn er im „Faust“ ausruft: Vernunft wird Unstimm, Wohlthat — Plage!

Auch die Vergebung von Arbeiten auf Submissionswegen, soweit sie amtlicher Art sind, seien nicht frei von Fehlern und Mißbräuchen. Den berechtigten Ansprüchen und Eingaben werde bei Weitem nicht die absolut wünschbare Folge gegeben.

Der Experte fand dann, daß von einem eigentlichen Großbetrieb nicht die Rede sein kann. Uns scheint, als sei bei dieser „Feststellung“ der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Denn wenn man bedenkt, daß die Motorkräfte in den Buchbindereien und Gußfabriken von 1888, allwo sie 24 1/2 Pferdestärken betragen, bis zum Jahre 1895 sich um 70 Prozent vermehrten, und daß die Zahl der Fabrikbetriebe und der Fabrikarbeiterschaft eine Steigerung von 19 auf 49 bezw. von 419 auf 1050 erfahren haben, so erscheint die Behauptung des Experten nicht bloß gewagt, sondern falsch.

Die Verlagsbuchbinderei, eine in der Schweiz ganz neue Erscheinung, beschäftigt bereits 115 Arbeiter. Dieses neue Unternehmen arbeitet mit bestem Erfolg. „Man ist bestrebt“, so sagt der Experte, „das im Inland zu fertigen, was man bisher von Leipzig oder Stuttgart beziehen mußte.“ Das Kleingewerbe sei in dieser Spezialität nicht konkurrenzfähig.

Mit Bezug auf die Lage dieser Arbeiter wird angeführt, daß dieselben recht selten wären und in Folge dessen stehende der Marktwert dieser Arbeitskräfte bedeutend höher, als es im übrigen Gewerbe der Fall sei.

Ueber die tägliche Arbeitszeit im Buchbindergewerbe stellt der Experte fest, daß in den Städten meistens 10, auf dem Lande aber 11 Stunden gearbeitet werde. Der wöchentliche Verdienst betrage 23 Franken und steige bis zu 26 Franken. Daß auf dem Lande jenes patriarchalische Verhältniß noch allgemein besteht, und wie viel Lohn diese Arbeiter erhalten, verschweigt der Experte. Er dürfte Grund dazu haben.

Es erübrigt uns, nun noch die Organisation der Meister etwas näher zu beleuchten. Der Buchbindermeisterverein wurde 1890 gegründet, und zählte am Ende des Berichtsjahres 290 Mitglieder. Die Zahl der „im eigenen Geschäft thätigen, b. h. selbständig Erwerbenden“ betrug 1888 circa 750. Diese Anzahl mag sich bis 1898 um 250 vermehrt haben. Demnach gelangen wir zu dem Resultat, daß 29 Prozent Meister organisiert sind. Die Organisation

leicht gar nicht mehr gelingen wird, für uns noch Referenten zu finden. Es mag ja für viele Kollegen angenehmer sein; „Tournée“, „Solo“ oder gar „Alle Reine“ rufen zu hören; in irgend welcher spießbürgerlichen Gesellschaft sich herumzubringen, die alles will, nur nicht die Aufklärung der Arbeitermassen, oder gar im Turnverein irgend welche Persönlichkeit hoch leben zu lassen. Nun, wenn die Kollegen dies alles nicht verschmerzen können, was, nebenbei gesagt, Jedem seine eigene Sache ist, so sollten sie es wenigstens so einrichten, daß sie sich an den Sonnabenden, wo Versammlungen stattfinden, auch einmal dort sehen ließen. Denn wenn sich von der hier organisierten Kollegenschaft bei ungefähr 23 Versammlungen im Jahre nur Jeder einmal sehen ließ, so hätten wir einen durchschnitlichen Versammlungsbesuch, der wenigstens zufriedenstellend genannt werden könnte. Daß dies nicht zuviel verlangt ist, wird uns Niemand abstreiten können und wollen.

Auch die Anwendung des zweiten Gebotes scheint ein Theil der hiesigen Kollegen falsch zu verstehen; statt daß sie den leitenden Personen hilfreich an die Hand gehen, indem sie pünktlich ihre Beiträge bezahlen, setzen sie jedenfalls ihren ganzen Stolz darein, so viel wie möglich zu reffiren. Die Funktionäre wissen bald nicht mehr, wer noch als Mitglied zu betrachten ist. Hierin kann man schon die Nachwirkung von säumigen Versammlungsbesuch erblicken, denn indem die Mitglieder fernbleiben, verlieren sie die Fühlung mit dem Kaffier und kommen in das Nestlantenunwesen immer tiefer hinein, so daß die Organisation allmählig zum Taubenschlag werden kann.

Kollegen und Kolleginnen! Sie haben die Leitung der Verwaltungsgeschäfte in unsere Hände gelegt, Sie verlangen von uns ganz bestimmt, daß wir den uns auferlegten Pflichten nachkommen. Wir in der Eigenschaft als Bevollmächtigter bzw. Vorstand des Fachvereins haben aber das gleiche Recht und verlangen von Ihnen, daß Sie auch Ihren Pflichten nachkommen, um die beiden angeführten Uebelstände recht bald zu beseitigen. Dadurch bezugen Sie, daß Sie tüchtige Gewerkschafter sind, sonst haben Sie auf diesen Titel durchaus keinen Anspruch.

Es ist wohl richtig, daß wenn es gilt, hier in Leipzig etwas durchzuführen, die Kollegenschaft stets am Platze war; das allein genügt aber nicht, Sie müssen schon vorher zu uns kommen, damit die leitenden Personen einen gewissen Ueberblick über den Zusammenhalt der Kollegenschaft hat. Bedenkt, nächstes Jahr läuft der Tarif ab; es wird sich da unbedingt notwendig machen, weitere Schritte zu unternehmen, wie derselbe sich für uns gestalten soll; untergraben Sie nicht das Vertrauen, welches die Tarifkommission zu uns hat, es könnte aber schwinden, wenn die Saumseligkeit der Kollegen so weiter geht.

Also wacht auf aus Euerem Schlafe und kommt zu uns, Ihr bekundet dadurch, daß es Euch ernst ist, an dem weiteren Ausbau unserer Organisation gemeinsam mitzuarbeiten; ein Ziel, welches gewiß jedem Arbeiter mehr Ehre macht, als wenn er sich sonst an allem möglichen Klimbim betheiliget.

Ich will nicht unerwähnt lassen, daß es, wie überall, auch hier eine kleine Zahl Kollegen giebt, welche ständige

Versammlungsbesucher sind, sowie ein Theil, welche sehr pünktlich ihre Beiträge entrichten, meistens durch die gütige Vermittlung der Vertrauensleute; allen diesen sei für ihre Mitarbeit an dieser Stelle bestens gedankt.

Gleichzeitig mache ich auf die Generalversammlung des Fachvereins am 29. Juli besonders aufmerksam; bedenke jedes Mitglied, daß auf der Tagesordnung Vorstandswahl mit steht. Der neugewählte Vorstand wird es sich gewiß nicht zur großen Ehre anrechnen, wenn er von einem winzigen Bruchtheil der Mitglieder gewählt wird. Also nochmals: Herein in die Versammlungen!
W.

Die Massenausperrung in Dänemark.

Kopenhagen, Juli 1899.

An unsere Brüder, die Arbeiter in allen Ländern!

Am 19. Mai betratte der Vorstand der zentralisirten dänischen Unternehmervereine eine allgemeine Aussperrung in sämmtlichen Branchen des Bauhandwerkes, der gesammten Eisenindustrie, sowie in allen Holzarbeiterbranchen über das ganze Land, nachdem man schon 3 Wochen vorher ca. 3500 Thäter auf die Straße geworfen hatte. Am 24. Mai wurde diese im Verhältnis zu der Einwohnerzahl unseres Landes riesenhafte Aussperrung in Szene gesetzt, indem ca. 30000 Arbeiter brotlos gemacht wurden; kurz darauf wurde die Aussperrung auf ca. 40000 Mann ausgedehnt, oder auf die Hälfte sämmtlicher in der Industrie unseres Landes beschäftigten Arbeiter.

Die Absicht mit dieser Massenausperrung ist die, unsere Arbeiterorganisationen, welche wir durch emsige Arbeit in einer Reihe von Jahren aufgebaut haben, zu zertrümmern und uns die Vortheile zu berauben, welche wir uns mit Hilfe unserer Organisationen erkämpft haben, sowie uns von Neuem zu willenlosen Sklaven unter dem Kommando der Arbeitgeber zu machen.

Seit 8 resp. 11 Wochen haben wir also nun gekämpft, um unsere Rechte zu verteidigen, und bis jetzt ist noch keine Aussicht vorhanden, daß der Kampf sobald beendet werden wird. Dagegen kann man mehr und mehr konstatiren, daß die Arbeitgeber diese Aussperrung schon vor längerer Zeit vorbereitet haben und daß es ihre Absicht ist, sie nicht eher aufzuheben, als bis die Arbeiter durch den Hunger und die Noth dazu gezwungen werden, ihren Nacken unter das Joch zu beugen.

Sowohl in Deutschland, als in Norwegen und in Schweden und überhaupt überall, wohin die Macht unserer Arbeitgeber reicht, wird unseren Ausgesperrten die Arbeit verweigert, und wenn es ihnen doch gelungen war, Arbeit zu erhalten, werden sie wie die Hunde wieder hinausgejagt! Dadurch ist die Aussperrung international geworden. Wenn es gilt, die Arbeiter zu verfolgen, ist der Patriotismus der Kapitalisten wie hinweggesetzt; die nationalen Phrasen werden in dieser Zeit in die Ecke geworfen.

Trotz der Langwierigkeit des Kampfes und der dadurch entstandenen Erbitterung sind die Ausgesperrten fest entschlossen, bis zuletzt auszuhalten. Unsere Reihen sind noch ebenso dicht geschlossen und der Muth und die Kampfeslust der Ausgesperrten ist noch ebenso brennend

Dieses aber achtet nicht auf seine schmutzigen Kleider, es sieht den zerstückelten Topf, die Milch, die sich über die Straße ergießt, und bricht jetzt in ein schmerzlich klagendes Weinen aus.

Mitleidig bemüht sich unterdessen der Einarmige, das Mädchen zu trösten, streicht ihm den nassen Schmutz von den Kleidern und die Haare aus dem Gesicht — doch vergebens, immer und immer wieder steht es nach der Unglücksstelle hin und bricht von Neuem in lautes Weinen aus.

Einen Augenblick befinnt sich der Alte, dann greift er in seine Tasche, überfliegt schnell den targen Inbalt und heißt sodann das Mädchen ein klein wenig hier zu warten.

Mit ein paar großen Sprünge läuft er in das naheliegende Geschäft, kauft dort für wenige Pfennige ein Geschir, dann in einem anderen etwas Milch und Brot und elste schnell wieder zurück, dem kleinen Mädchen, das nun nicht mehr weint, alles zu übergeben. Wohl weiß er, daß er sein Letztes hingab, daß er für diese Nacht noch kein Unterkommen hat und für den andredenden Pfingsttag nicht einmal ein Stückchen trockenen Brotes, aber er sieht die Freude des Kindes und ein Strauß heimlichen Glückes und innerlicher Zufriedenheit erscheint auf seinem harten Gesicht. Als er nunmehr von dem Kinde erfährt, daß die armen Eltern,

als an dem Tage, wo die Aussperrung anfing. Wir haben keine Abtrünnigen, dagegen sind Alle von der Hoffnung und der Zuversicht besetzt, daß die Ausbauer uns den Sieg bringen wird.

Eine Aussperrung von einem solchen Umfange ist an und für sich eine brutale und rücksichtslose Handlung. Aber außerdem hat ein hier im Lande seiner Zeit von den Zentralorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter niedergesetztes Schiedsgericht ein Urtheil gefällt, wonach die Aussperrung zugleich ein eskatanter und hinterlistiger Bruch von den Verträgen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist, auf welche die Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber eingegangen sind. Trotzdem setzen die Arbeitgeber ihren brutalen Ueberfall mit höchtem Kapitalistenübermuth fort.

Wir haben nach Kräften gesucht, die Aussperrung auf eine für die Arbeiter ehrenvolle Weise abzuschließen, indem wir uns erboten haben, die Arbeit nach den alten Bedingungen, wie sie vor Beginn der Aussperrung bestanden, aufzunehmen, und als der Arbeitgeberverein sich weigerte, hierauf einzugehen, haben wir uns bereit erklärt, mit ihm in einer Einigungskammer zu verhandeln, um ein Uebereinkommen über die Bedingungen, nach welchen die Arbeit wieder aufgenommen werden könnte, zu verhandeln. Eine solche Verhandlung hat auch stattgefunden, aber sie scheiterte an dem Uebermuth und den sklavenmäßigen und erniedrigenden Bedingungen, welche die Arbeitgeber aufstellten.

Die Arbeitgeber forderten:

- daß gewisse fundamentale Bestimmungen in den Gewerkschaftsstatuten nach den Wünschen der Arbeitgeber abgefast werden sollen;
- daß die Gewerkschaften für die Durchführung und Aufrechterhaltung der von den Arbeitgebern gewünschten Bestimmungen garantiren sollen, nicht allein ihren eigenen Mitgliedern, sondern auch den Nichtmitgliedern gegenüber;
- daß die Gewerkschaften in fundamentaler Richtung nicht den Interessen der Arbeiter, sondern denen der Arbeitgeber dienen sollen, also daß sie Volksgeshergendienste für die Arbeitgeber gegen die Arbeiter verrichten sollen;
- daß ungefähr die Hälfte sämmtlicher Arbeiter kein Stimmrecht in ihren eigenen Vereinen haben sollen, indem man fordert, daß unsere Mitglieder mindestens 30 Jahre alt sein sollen, um in ihren Vereinen ihre Stimme abgeben zu dürfen;
- daß alle Preistarife und Verträge über den Arbeitslohn und Arbeitszeit mitten im Winter ablaufen sollen, also zu einer Jahreszeit, wo die größte Aussicht dafür vorhanden ist, daß die Arbeitslosigkeit und Noth die Arbeiter dazu zwingen wird, sich unter die Despotie der Arbeitgeber zu beugen;
- daß wir ein Deposstum von einer Viertel Million Kronen stellen sollen als Sicherheit dafür, daß die Gewerkschaften alle von den Arbeitgebern aufgestellten Bedingungen erfüllen;
- daß die Gewerkschaften das Recht der Arbeitgeber anerkennen sollen, nach Belieben eine Massenaussperrung vorzunehmen als ein Mittel dazu, die Arbeiter zur Unterwerfung zu zwingen.

die ganz in der Nähe in der kleinen Kammer eines Hinterhauses wohnen, es geschickt haben, um etwas Milch einzutauschen, damit auch sie ein klein wenig an Festes freuden erinnern würden und anstatt des steten harten Brotes einmal Kuchen essen könnten. Da traten dem einarmigen Alten fast die Thränen in die Augen, gern vergißt er seine eigene Noth und seinen eigenen Hunger; er nimmt schnell das Kind auf seinen Arm und trägt es hinüber bis zur Wohnung der Eltern, dort setzt er es hin und ist im nächsten Augenblick verschwunden.

Und jetzt hört es auch zu regnen auf, die grauen Wolken theilen sich und die hellen Mondstrahlen werfen ihr Licht über die in Abendstille ruhende Stadt. Draußen aber vor dem Thore irrt ein Mittel- und Obdachloser planlos durch Feld und Flur. — —

Zwei Tage später stand in den Tageszeitungen zu lesen:

„Bei einer nächtlichen Razzia, welche die Polizei in der Nacht zum ersten Feiertag veranstaltete, wurden sehr viele Obdachlose und Bagambunden ergriffen, die alle sammt der Behörde eingeliefert wurden; unter ihnen befand sich auch ein schon lange von der Polizei gesuchter Landstreicher, der bereits ein Mal auf der Flucht vor derselben den Arm verlor, nun aber hoffentlich für lange Zeit unschädlich gemacht sein dürfte.“ —

Dieses sind die hauptsächlichsten der von den Unternehmern aufgestellten Forderungen, aber im Uebrigen haben sie diese in 19 Punkten aufgestellt, welche ganz dieselben Zwecke verfolgen wie die oben erwähnten.

Wir haben selbstredend diese unverschämten Forderungen mit Verachtung zurückgewiesen. Nur die bitterste Noth, nur der Hunger unserer Frauen und Kinder kann uns dazu bringen, uns solchen erniedrigenden und unsere Organisationen erdroffenden Bedingungen zu unterwerfen.

Kameraden!

Der Kampf, welcher augenblicklich in Dänemark raft, ist ein Klassenkampf, wie ihn bis jetzt noch kein anderes Land aufzuweisen hat.

Auf der einen Seite stehen so gut wie sämtliche industriellen Arbeiter, welche in einer Anzahl von circa 80 000 Mann in freien Organisationen vereinigt sind, in welchen jedes einzelne Mitglied das Recht hat, durch seine Abstimmung und seine Argumente einen Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse in seiner Branche auszuüben.

Auf der anderen Seite stehen so gut wie sämtliche industriellen Arbeitgeber in einer Landesorganisation vereinigt, wo eine kleine Minorität von Kapitalisten eine absolut despotische Herrschaft führen und durch den ökonomischen Boykott die kleinen Handwerker und Handwerker zu blinder Heerfolge zwingen kann.

Zwischen diesen beiden Mächten steht der Kampf, und dessen Ausfall wird für lange Zeiten maßgebend sein, ob die Arbeiter in Dänemark freie Bürger oder ob sie willenlose Sklaven der Arbeitgeber sein sollen.

Durch unsere bisherige Thätigkeit haben wir die Industrie unseres Landes in einem vorher unbekanntem Grade zur Blüthe gebracht. Wir haben die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung jährlich mit Millionen von Kronen erhöht und dadurch in einem außerordentlichen Grade zur Förderung des allgemeinen Wohlstandes unseres Landes beigetragen. Die Kapitalisten dagegen arbeiten für ihre eigene Bereicherung und für die Verzerrung der großen Bevölkerung.

Die Wirkungen der Ausperrung können schon jetzt gefühlt werden. In allen Branchen, welche nicht direkt an der Ausperrung theilhaftig sind, hat diese eine mehr und mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit und Geschäftslähme herbeigeführt, trotzdem daß wir uns jetzt in der besten Jahreszeit befinden. Der Umsatz der Geschäftstreibenden ist mit 50 bis 70 Prozent zurückgegangen, und außer den direkt von der Ausperrung Betroffenen gehen schon jetzt Tausende von Arbeitern in den anderen Branchen arbeitslos.

Das kleine Dänemark ist gegenwärtig der Prüfstein des internationalen Kapitalismus. Die in Dänemark ausgesperrten ca. 40 000 Arbeiter bedeuten, im Verhältnis zu der Größe des Landes ungefähr eine Million Arbeiter in Deutschland oder in England, wenn die Ausperrung in einem dieser Länder etabliert worden wäre. Sollte es nun den dänischen Kapitalisten gelingen, die Arbeiter mit Hilfe der Massenausperrung zu unterdrücken, würde dieses Beispiel sicherlich auch in anderen Ländern nachgeahmt werden, und eine allgemeine Unterjochung der Arbeiter würde auch dort die Folge sein.

Sollen wir, die Arbeiter in dem kleinen Dänemark, denn den Nacken unter die kapitalistische Sklavenpeitsche beugen?

Die Antwort hierauf ist leicht zu geben, wenn unsere ausländischen Brüder uns hilfsreich zur Seite stehen wollen. Sie wird dann lauten: Wir brauchen und wir dürfen uns nicht unterwerfen. Und wir zweifeln nicht daran, daß diese Antwort in Eurem Sinne ist.

Im Verhältnis zu der übrigen Welt ist das kleine Dänemark nur unbedeutend, und mit Hilfe eines noch so kleinen Oufers von Seiten unserer ausländischen Brüder würden wir in den Stand gesetzt, unseren Kampf auszukämpfen, bis der Sieg unser ist. Wir haben in der verflohenen Zeit bewiesen, daß wir den Kampf nicht fürchten, und wir sind auch für die Zukunft bereit, ihn zu führen.

Die Verbrüderung der Arbeiter über die ganze Erde hat seinen Einbruch gefunden durch unsere internationalen Kongresse, durch unsere Mafsfestern und durch unsere Demonstrationen für den Weltfrieden. Die hiesigen Kapitalisten haben dadurch, daß sie die dänischen Arbeiter über die Grenzen des Landes hinaus verfolgen, die Ausperrung international gemacht, und hierin werden sie von den ausländischen Kapitalisten getreulich unterstützt.

Brüder im Auslande! Kommt uns deshalb zur Hilfe! Unser Kampf gegen die Ausbeuter ist auch Euer Kampf, und ebenso wie wir früher niemals zurückge-

standen haben, werden wir auch in der Zukunft nicht fehlen, wenn Ihr in den Kampf gegen die Kapitalmacht zur Befreiung des Proletariats geworfen werden solltet.

Kopenhagen, 20. Juli.

Der Arbeitgeberverein hielt gestern hier eine Delegirtenversammlung ab, zu welcher ca. 800 Arbeitgeber aus dem ganzen Lande erschienen waren. Die von den kapitalistischen Leitern des Vereins gebrauchten Ausperrungen den Arbeitern gegenüber waren im höchsten Grade fanatisch. Z. B. wurde damit gedroht, daß die Ausperrung einer der nächsten Tage mit einer Reihe von Branchen, welche bisher außerhalb der Ausperrung gestanden, erweitert werden solle. Die Branchen, von welchen hier die Rede ist, sind die Ziegeleien, Zementfabriken, Textilfabriken, die Schneider u. s. w. Diese Ausdehnung der Ausperrung wird die Zahl der Ausgeschlossenen mit 15- bis 20 000 Mann erhöhen, so daß dann 55- bis 60 000 Mann auf die Strafe geworfen werden.

Als bezeichnend für die in der Versammlung der Arbeitgeber herrschende Stimmung kann folgende Aeußerung angeführt werden: „Wenn die Ausperrung geschlossen ist, werden wir die Arbeiter in strammen Jügeln zu führen wissen.“ Die Arbeitgeber geniren sich also nicht, offen einzugehen, daß es ihr Ziel ist, die Arbeiter zu Sklaven und willenlosen Geschöpfen zu machen.

Die Arbeiter ihrerseits, nämlich die Vorstände sämtlicher Gewerkschaftsverbände, hielten gestern ebenfalls eine Versammlung ab; es wurde dort mit Begeisterung beschlossen, den Kampf gegen die Unterdrückungsgelüste der Unternehmer bis zum äußersten weiterzuführen. Trotz des nun 8 Wochen lang geführten Kampfes ist unser Muth ungeschwächt und wir sind fest entschlossen, uns nicht unter das Sklavenjoch der Kapitalisten zu beugen.

Die Absicht der Kapitalisten mit der Erweiterung der Ausperrung ist selbstverständlich die, in einem noch viel höheren Grade als bisher die Hungerpeitsche über uns zu schwingen. Unsere Tyrannen wissen, daß, wenn sie weitere 15- bis 20 000 Mann auf die Strafe werfen, wir nicht allein so viel mehr Ausgesperrte zu unterstützen bekommen, sondern daß wir damit gleichzeitig der Unterfützung verlustig gehen, welche diese Arbeiter bisher den schon früher Ausgeschlossenen geleistet haben. Die Wirkung dieses Schläges ist also eine doppelte. Man verringert unsere Fähigkeit zur Leistung von Unterstützungen und erhöht die Anzahl Derjenigen, welche unterstützt werden müssen, wenn sie der Hunger nicht zur Unterwerfung treiben soll.

Wir sehen uns deshalb genöthigt, unseren Brüdern im Auslande mit erhöhter Stimme zuzurufen: Kommt uns in einem höheren Grade als bisher zur Hilfe, daß die Peitsche der Kapitalisten uns nicht vollständig vernichtet.

Brüder im Auslande! Wir hoffen und glauben, daß wir Euren Beistand nicht vergebens anrufen werden. Dänemark ist ein so kleines Stück von Europa, daß es Euch leicht werden dürfte, uns die genügenden Mittel zum Unterhalt der Ausgesperrten zu liefern. Bedenkt, daß ein Jeder, welcher als ein gleichgiltiger Zuschauer dem kulturfeindlichen Mordverfuch, welchen die Kapitalisten gegen unsere Menschenrechte in Szene gesetzt haben, zusieht, den Kapitalisten dabei hilft, diesen Mord zu vollenden.

Im Namen der internationalen Solidarität rufen wir Euch deshalb zu: Kommt uns zu Hilfe! Kommt schleunigt und sendet uns so große Summen, daß wir den Hunger verhindern können, der uns zur Unterwerfung zwingt. Sendet Eure Beiträge an unsern Kassier E. Svendsen, Römersgade 22, Kopenhagen K.

Mit brüderlichem Gruß

Namens der Zentralisirten Gewerkschaftsverbände in Dänemark

(Der sambirkende Fagforbund i Danmark).

B. Knudsen.

Korrespondenzen.

Berlin. Die in der Luxuspapierbranche beschäftigten organisirten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten Dienstag den 11. Juli im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstraße 16, eine Versammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Welche Aufgaben haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Luxuspapierbranche in Zukunft zu erfüllen? 2. Werkstabenangelegenheiten und Verschiedenes.

Ueber den ersten Punkt referirte Kollege Bergmann. Er führte aus: Trotz der guten Geschäftskonjunktur in den letzten Jahren sind die Löhne in einzelnen Zweigen des graphischen Gewerbes, speziell in der Luxuspapier-

branche, nur wenig in die Höhe gegangen, ebenso hat die Zahl der Arbeitslosen nicht wesentlich abgenommen, was nur dadurch erklärlich wird, daß in den einzelnen Betrieben ein großer Theil der Arbeit durch Ueberstunden bewältigt worden ist. Unser Standpunkt ist natürlich nicht der, daß der Einzelne seinen geringen Lohn durch Ueberstunden etwas verbessern soll, sondern daß der Arbeiter auch bei einer kürzeren Arbeitszeit einen zufriedenstellenden Lohn erhält und daß dadurch Gelegenheit geboten würde, die Schaar der Arbeitslosen zu verringern. Die Lohnbewegungen in den letzten Jahren sind günstig verlaufen, da die Unternehmer bei den großen Aufträgen keinen langen Streik wagen konnten. Auch beim Steindruckstreik wäre etwas erreicht worden, wenn der richtige Zeitpunkt gewählt worden wäre. 1896 traten die Buchbinder in eine Lohnbewegung ein und verlangten, daß der Minimallohn von 18 auf 21 Mk. erhöht und die Arbeitszeit auf neun Stunden festgesetzt wurde. In der Luxuspapierbranche konnte an eine Bewegung nicht gedacht werden, da in dieser Branche Steindruck und Lithographien die Mehrheit bilden und die Zahl unserer organisirten Kollegen eine sehr geringe war. Trotzdem ist in einzelnen Betrieben etwas erreicht worden, z. B. bei Sittauer & Beylen; der Anfangsgehalt wurde von 18 Mk. auf 19,50 erhöht. Bisher konnte die Organisation in einigen der größten Fabriken keinen festen Fuß fassen, da die Arbeiter noch nicht eingeschlagen haben, daß sie bessere Löhne verlangen können, wenn sie sich vereinigen und geschlossen vorgehen. Bei Hagelberg wird jeder Organisirte sofort (? Red.) entlassen. Anfangslohn ist 18 Mk. und doch erhalten die Buchbinder in einem Saale 21 Mk. Minimallohn, da die dort organisirten Kollegen unter dem nicht arbeiten wollten. Sind die Löhne der Arbeiter in der Luxuspapierbranche niedrig, so sind die Löhne der Arbeiterinnen einfach erbärmlich, da dieselben mit 4 Mk. pro Woche anfangen und selten mehr als 9-11 Mk. verdienen. Es ist denselben natürlich nicht möglich, damit auszukommen, und sie sind gezwungen, Arbeit mit nach Hause zu nehmen und bis in die Nacht mit Familienangehörigen zu arbeiten, um dadurch 12-14 Mk. zu verdienen. Nur durch festen Zusammenschluß ist es möglich, daß die Arbeiterinnen nicht mehr nöthig haben, bei Hungerlöhnen die Nacht zu Hilfe zu nehmen, nur um zu leben! Die Unternehmer haben wohl eingeschlagen, welche Macht in einer Organisation liegt, und deshalb eine Vereinigung gebildet; die Arbeiterinnen der Luxuspapierbranche mögen sich in dieser Beziehung ein Vorbild an ihren Chefs nehmen. Die Behandlung durch die „Antreiber“ ist mitunter skandalös. Bei Ernst & Komp. soll es vorgekommen sein, daß Arbeiter mit „Rindvieh“ u. s. w. titulirt wurden. Ein organisirter Arbeiter wird natürlich Mannes genug sein, sich dergleichen nicht gefallen zu lassen, da er wohl weiß, daß er bei eventueller Entlassung sich auf die Solidarität seiner Kollegen verlassen kann. Die Verhältnisse in den Fabrikräumen lassen viel zu wünschen übrig, da die Arbeiter mit den Gewerkspektoren nicht in Verbindung treten können, weil berjenige, welcher sich beschwert, vom Unternehmer einfach entlassen würde. Regierung und Polizei thun das Ihrige, die Organisation einzubäumen, wie wir es an der Einseitigkeit bei der Zuchthausvorlage sahen, durch welche dem Unternehmer alles, dem Arbeiter dagegen nichts gestattet wird. Dem Allem ist nur durch Masseneintritt in die Organisation zu begegnen. Möge jede Kollegin, jeder Kollege den Unorganisirten dieses klar machen, und die Zeit nicht kommen, wo wir stark genug zum Fortschritt sind. Die Fabrikanten haben einen Ring geschlossen, Jeder muß einsehen, daß wir ein Gleiches zu thun gezwungen sind! In allen Werkstaben muß mehr agirt werden, denn es kann die Zeit kommen, in der zu agitiren uns nicht möglich sein wird, in der die Aufforderung zum Streik mit Zuchthaus bestraft werden wird. Die Vertrauensleute können nicht alles allein schaffen, sondern müssen von den Mitgliebern nach jeder Richtung unterstützt werden. Wir haben keine Hilfe von Oben herab zu erwarten, sondern selbst ist der Mann. In den Buchbindereien mußten die Unternehmer im Jahre 1896 die Forderung der Organisation respektiren und bewilligen, möge in der Luxuspapierbranche bald ein Gleiches geschehen.

Das Referat wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. An der darauffolgenden Diskussion theilnahmen sich die Kollegen Friedrich und Giedanowski. Darauf ging Kollege Scherwin auf den Artikel in Nr. 27 der „Buchbinder-Zeitung“ „Zur Hebung der Zahlstelle Berlin“ ein. Er erklärte, im Jahre 1894

Verband einzutreten. Wahrscheinlich haben es diese Kollegen nicht nötig, da es ihnen so gut geht, oder haben sie Angst vor ihrem Prinzipal? Jedenfalls muß das letztere der Fall sein, sonst würden die zwei älteren dort stehenden Kollegen wegen dem begangenen Fehler der damals dort beschäftigten jüngeren nicht aus dem Verband ausgetreten sein. Denn ein wirklich organisierter Arbeiter, der den Wert des Verbandes kennt, läßt sich nicht durch solche Vorurteile irren machen. Außerdem erklärt ja Herr Zebert stets, er stelle keine Verbandsmitglieber mehr ein. Auch wird von diesem Herrn das Minimum nicht eingehalten, indem er Kollegen mit 17 Mk. beschäftigt, und dann hat er schon Kollegen im Alter von 18 Jahren den horrenden Lohn von sage und schreibe 12 Mk. angeboten. Wenn man bedenkt, daß hier Kost und Logis auf 9—10 Mk. kommt, wo bleibt da der weitere Lebensunterhalt! Sollten auch die dort jetzt Beschäftigten den Minimallohn von 18 Mk. erhalten, so ist dies gewiß kein Grund, der Organisation fern zu bleiben, denn vor Allem war es diese, die den Lohn hier so weit gebracht. Und nun frage ich die Betroffenen: Ist der Lohn für eine Stadt wie Ludwigshafen, wo man alles theuer bezahlen muß, vielleicht zu viel, so daß wir es nicht nötig haben, und noch bessere Löhne zu erringen? Darum, Kollegen, tretet ein in den Verband und helfet mitarbeiten, dann wird es nicht mehr vorkommen, daß sich ein Kollege in hiesigen anderen Geschäften anbieten und dabei bemerkt, wenn ich auch keine 18 Mk. verdiene, ich thue es auch billiger, wenn ich nur Arbeit habe, und dies war einer der Firma Zebert. Gerade jetzt, wo man Gesetze schmiedet, die dem Arbeiter sein höchstes Koalitionsrecht einschränken wollen, wo man ihnen mit dem Zuchtlohn winkt, da ist die beste Antwort darauf: Auf zur Organisation, hinein in den Verband! Dies gilt nicht allein den oben angeführten, sondern allen dem Verband noch fernstehenden Kollegen.

Augsburg. Wie durch die Tagespresse die Kollegen erfahren haben werden, ist es hier bebauerlicher Weise zu einem sehr unliebsamen Vorgang gekommen, welcher voraussichtlich im deutschen Reichstag anlässlich der zweiten Beratung des Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen mit benützt werden wird, um dies Monstrum von Gesetz zu Stande zu bringen. Der Vorgang ist folgender: Die Maurer Augsburgs haben sich aufgerafft, um Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Sie haben im heurigen Frühjahr ihre Forderung an die Meister eingereicht, sehr bescheidene Forderungen, damit Aussicht vorhanden, ohne einen Ausstand damit durchzuführen. Die Meister wollten erst nichts wissen von einer Nachgiebigkeit, es kam aber dann doch zu einer Einigung. Die Gehilfen waren mit einer geringen Lohnzulage von 2 bis 3 Pf. pro Stunde zufrieden und Alle, die sich für die Lohnbewegung der Maurer interessierten, glaubten, daß alles glatt vorüber gehe. Doch als der Sonntag kam, zeigte es sich, daß der größte Theil der Meister ihr schriftlich gegebenes Wort nicht hielten. Die Gehilfen sagten sich nun, unter solchen Umständen bleibt nichts Anderes übrig als der Streik, und sie beschloßen in Folge dessen, auch in selbigen einzutreten. Man denke sich, in Augsburg, wo die sogenannten Friedliebenden und ordnungsliebenden Arbeiter zu Hause sind, wie es sich die Unternehmer nicht besser wünschen können, kommt ein Streik zu Stande, welcher geeignet ist, das ganze Baugewerbe lahm zu legen. Auf beiden Seiten wurde nun alles gethan, um die Lage für sich günstig zu gestalten, und es muß anerkannt werden, daß die Gehilfen alle gesetzlichen Vorschriften respektirten, was von den Unternehmern nicht immer gesagt werden kann. Daß die Gehilfen einen sehr schweren Standpunkt hatten, kann sich jeder Mensch vorstellen, welcher weiß, wie die Behörden gegenüber den Streikenden sich meistens verhalten. Und speziell hier in Augsburg hatte es sich gezeigt, was es heißt, wenn sich Polizei und Unternehmer gegenseitig in die Hand arbeiten. Fortschaffung der Streikposten vom Bahnhof und den Straßen kam öfters vor. Wenn Arbeitswillige kamen, wurden selbige unter polizeilichem Schutze an den Bau geführt und dann Polizeiposten an solche Bauten hingestellt, um zu verhindern, daß die Streikenden mit den Arbeitswilligen in Berührungen kommen. Denn sobald diese gegenseitig sich verständigen konnten, war die Folge davon, daß die Arbeitswilligen in das Streiklager übergingen; und speziell waren es die Italiener, welche sich solidarisch erklärten, was von den deutschen Arbeitern nicht immer gesagt werden kann, denn die meisten Streikbrecher, welche hier arbeiten, sind Deutsche. Nachdem es nicht mehr gelingen wollte, Italiener und Böhmen zu ködern,

versielen die Unternehmer auf die Idee, auszuforsachen, der Streik sei hier beendet. Dieser Schwindel hatte zum Theil auch Erfolg, denn am Sonntag den 16. d. M., Nachts 10 Uhr, kamen zirka 50 Italiener, sogenannte Arbeitswillige, auf dem Bahnhof hier an, welche unter großer Bedeckung seitens der Polizei und Maurerpalier nach einem städtischen Gebäude, genannt Schlags- und Viehhof, transportirt wurden, damit sie nicht in Berührung kommen können mit den Streikenden. Am Montag Abend suchten streifende Maurer mit einem Theil solcher Arbeitswilliger, welche in der Spinnerei Sentelbach, bei welcher gerade ein Neubau ausgeführt wird, untergebracht wurden, sich zu verständigen. Da nun diese Fabrik an einer sehr verkehrsreichen Straße liegt, sammelte sich rasch eine Anzahl Menschen an, um zu sehen, was da vor sich geht. Dies veranlaßte die Behörde, am Dienstag Abend die umfassendsten Maßregeln zu ergreifen, damit kein Standal entstehen soll. Doch wie die meisten Menschen einmal sind — sobald sie sehen, daß irgendwo etwas Außergewöhnliches vor sich geht, so bleiben sie stehen, um ihre Neugierde zu befriedigen; und so ging es auch da. Es sammelten sich Tausende Menschen an, die Polizeiorgane griffen in ihrem Ueberreifer recht ungeschickt ein und die Bescherung war fertig. Das erste, was sie zu thun wußten, war, daß sie mittels eines Hydranten in die Menge spritzten. Das hatte zur Folge, daß die angesammelte Menge aufgeregt wurde und sich manche davon hinreißen ließen, Bemerkungen fallen zu lassen, welche der Polizei nicht angenehm waren. Letztere glaubte nun energisch einschreiten zu müssen. Dadurch wurde nun die gereizte Masse erbittert, ist doch ohnedies das bayerische Volk der Pickelhaube nicht geneigt. Es kam zu Verhaftungen, wobei die Meisten sich sagten, daß sie zu Unrecht verhaftet werden. Es ist auch thatsächlich vorgekommen, daß Leute verhaftet wurden, welche gar nichts gethan haben, was irgendwie Anlaß hierzu gegeben hätte. Kurz und gut, die Situation wurde immer ernster, und als gar noch das Militär angerückt kam, war nicht mehr voraussehen, was daraus werden könne. Das Militär wurde seitens der Volksmenge mit dem in ganz Deutschland bekannten Wort „Fuchsbühl“ begrüßt, was allerdings auf die Sicherheitsorgane nicht beruhigend wirkte. Von da an kamen die ernstesten Szenen vor. Die Polizei trieb die Menge mit blanker Waffe auseinander, die Massen sammelten sich immer wieder und zwar der größte Theil aus Neugierde, wie dieses Spektakel enden wird. Endlich, um 11 Uhr Nachts, hatte die Polizei die Menge mit Hurrah und blanker Waffe vertrieben. Die Aufregung der Volksmenge danach läßt sich denken, es kam dann aber nichts mehr an diesem Abend vor, als Verhaftungen. Am Mittwoch war Tags über Ruhe, doch der Abend gestaltete sich wieder ebenso wie am Abend vorher und es war zu erkennen, daß die Situation noch eine viel ernstere wird. Es sollte kein Mensch stehen bleiben auf dem Plage, doch war es manchmal unmöglich weiter zu gehen. Der Andrang war zu groß, und wer so ankam, daß er nicht mehr weiter konnte, mußte sich darauf gefaßt machen, daß ihn zwei bis drei Polizisten packen und abführen. Wer das Malheur hatte, nicht kaltblütigen Genug bleiben zu können, d. h. daß er sich rechtfertigen wollte, für diesen gab es kein Parbon. Ueber hundert Verhaftungen waren vorgekommen an den beiden Tagen. Durch die Verhaftungen wurde die Menge immer erregter, das Pfeifen und die Entrüstungsrufe nahmen kein Ende. Die Polizei ging immer energischer vor. Das Militär kam im Lauffschritt an, hierdurch bekam die Polizei noch mehr Schneid; sie hieb mit der Waffe in die Masse, die Erbitterung wurde immer größer, nun war die Straßenschlacht fertig. Und es muß gesagt werden, daß die Sicherheitsorgane durch ihr rigoroses Benehmen, durch ihr ungeschicktes Vorgehen die meiste Schuld daran haben, daß es soweit gekommen ist. Und das alles, weil man meinte, einigen Bauprojen einen Gefallen zu erwiesen. Bemerket sei hierbei, daß die Maurermeister so ziemlich die erste Geige spielen im Gemeinderath in Augsburg.

Und nun noch einige Szenen aus diesem Kampfe: Einige Wirthschaften wurden mit blanker Waffe gestürmt, die harmlosen Gäste, welche sich um den Spektakel nicht kümmerten, wurden in die Flucht getrieben, und wer nicht schnell genug fliehen konnte, bekam seine Nöbe. Auf der Straße flogen Steine, wobei auch mancher Schutzmantel eines weg bekam. Säbelstiche wurden ausgeheilt, wodurch viele Zivilisten verwundet wurden. Wie Viele Säbelstiche bekamen, wird sich nie leicht feststellen lassen, weil man nicht mit Unrecht fürchtet, daß dann noch weitere Folgen entstehen könnten.

Der Donnerstag war etwas ruhiger, doch hat sich, wie vielfach erzählt wird, die Kavallerie nicht immer gut ausgezeichnet auf ihrem Patrouillenritt durch die betreffenden Stadttheile. Verhaftungen wurden auch da wieder vorgenommen, die Volksmenge verfiel sich aber im Großen und Ganzen entsprechend der Sachlage ziemlich ruhig. Der Freitag bewies, daß ein passives Verhalten der Polizei auch die Masse ruhig läßt. In diesem Abend war nicht mehr Polizei zu sehen, als früher unter normalen Verhältnissen, die ganz natürliche Folge davon war, daß sich das Volk auch zurückzieht. Die Neugierde hat Niemand angezogen und veranlaßte Niemand stehen zu bleiben, und so hätte man gar nicht geglaubt, daß an den Tagen vorher sich solche Szenen in diesem Stadttheil abgespielt haben. Die Ruhe war vollständig. Auf jeden Fall hat die Sache noch ein schlimmes Nachspiel durch die Gerichtsverhandlungen und durch die schweren Strafen, welche dabei herauskommen werden.

München. Am 22. Juli fand hier die zweite Quartalsversammlung statt, zu welcher als Tagesordnung vorgelesen war: 1. Kassen- und Rechenschaftsbericht; 2. Wahl eines Gauvorstandes; 3. Verbandsangelegenheiten und Beschiedenes. Nach Verlesen des Protokolls giebt Kollege Wiedmann den Kassenbericht. Die Verbandsbeiträge betragen 657,85 Mk., die Ausgaben an Unterstützung 162,25 Mk., 20 Prozent am Ort behalten 129,73 Mk. Lokalkasseneinnahmen inkl. Kassenbestand 753,77 Mk., Ausgaben 197,68 Mk. verbleibt ein Kassenbestand von 556,09 Mk. Die Revisoren bestätigten den richtigen Befund der Kasse und Belege und wird deshalb der Kassier entlastet.

Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß im 2. Quartal eine Quartalsversammlung, drei Mitgliederparlamenten, ein Vortrag und fünf Ausschüßungen stattgefunden haben. Der Mitgliederstand betrug am Ende des 1. Quartals 171 männliche und 39 weibliche Mitglieder. Im 2. Quartal wurden aufgenommen 10 männliche, 6 weibliche, zum wiederholten Mal 3 männliche, zugereist sind 9 männliche Mitglieder. Ausgeschlossen wurden wegen Resten 20 männliche, 11 weibliche, ausgetreten sind 2 männliche, 2 weibliche Mitglieder, so daß ein Mitgliederstand von 154 männlichen und 29 weiblichen verbleibt. Kollege Bey weist auf den starken Rückgang des Mitgliederstandes hin und legt allen Kollegen rege Agitation ans Herz, um mit der Mitgliederzahl wieder in die Höhe zu kommen.

Im Arbeitsnachweis waren angemeldet 11 Stellen für männliche Arbeiter, besetzt wurden 10; für weibliche Arbeiter 4, besetzt —. Arbeitslos waren 20 Kollegen mit 90 Tagen, davon kamen zugereist 10, am Orte arbeitslos waren ebenfalls 10. Von der Bibliothek wurden insgesamt 86 Bücher ausgeliehen.

Hierauf erteilt Kollege Habermeyer zum Punkt 2 der Tagesordnung das Wort. Derselbe führt an, daß es ihm bei den obwaltenden Verhältnissen in puncto Gautag, der zu Auseinandersetzungen der einzelnen Zahlstellen führte und bei der Sparrtheorie des Verbandsvorstandes nicht möglich sei, die Geschäfte eines Gaubevollmächtigten im richtigen Ziele zu leiten und er deshalb sein Amt niederlege. Durch weitere Redner, die sich mit dem Gauvorstand einverstanden erklären, kommt es zu einer sehr erregten Diskussion, die damit endigt, daß die weiteren zwei Mitglieder des Gauvorstandes, die Kollegen Dittrich und Hummel, ebenfalls von ihrem Amte zurücktreten. Der gesammte Gauvorstand bringt sodann eine Resolution ein, die gegen 4 Stimmen angenommen wird.

Resolution: „In Anbetracht, daß der gegenwärtige Gauvorstand in corpore die Erklärung abgibt, unter den jetzigen vom Verbandsvorstand geschaffenen unglücklichen Umständen sein Amt niederzulegen, verzichtet die hiesige Zahlstelle auf Neuwahl des Gauvorstandes und stellt die Besetzung der Aemter dem Verbandsvorstand zur Verfügung.“

Unter Punkt 3 kommen Kollegen auf die Massenaussperrung in Danemark zu sprechen, die für die deutschen Arbeiter im Falle einer Niederlage von schweren Folgen begleitet sein kann und stellen den Antrag, 20 Mk. für die Ausgesperrten zu bewilligen. Diesem wird stattgegeben und der Kassier beauftragt, dieselben nach abzuschicken. Weitere 10 Mk. werden für die streikenden Maurer in Augsburg bewilligt. Kollege Bey verliest sodann noch eine Postkarte von Oberklofen von dem kranken Kollegen Krebs, worin derselbe sich für die von der Zahlstelle geschickten 15 Mk. bedankt und mittheilt, daß es mit seiner Gesundheit schon besser steht. Hierauf erfolgt punkt 11 Uhr Schluß der Versammlung. H. V.

Bericht von der kombinierten Versammlung der Zahlstellen Nürnberg, Fürth, Erlangen, Würzburg.

Am Sonntag den 16. Juli hielten die obengenannten vier Zahlstellen ihre halbjährlich stattfindende kombinierte Versammlung zu Nürnberg in der Germanienhalle ab. Die Versammlung war trotz des schönen Wetters gut besucht. Kollege Seybold-Nürnberg als Bezirksvertrauensmann und Einberufer der Versammlung eröffnete dieselbe mit einem Willkommengruß um halb 4 Uhr Nachmittags. Die nun folgende Bureauwahl ergab: K. Seybold 1. Vorsitzender, E. Zöllner-Fürth 2. Vorsitzender und Schmitt-Würzburg Schriftführer. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Bezirksvertrauensmanns. 2. Bericht der Zahlstellenbevollmächtigten. 3. Neuwahl des Bezirksvertrauensmanns. 4. Stellungnahme zum Goutag. 5. Verschlebeses.

Der Bezirksvertrauensmann K. Seybold-Nürnberg erstattete den Tätigkeitsbericht. Vor Allem beklagte sich derselbe, daß er in keiner Weise von den einzelnen Zahlstellen unterstützt wurde. Zu beantworten waren von ihm im Ganzen 63 Briefe und 21 Postkarten. Zur Agitation wurden in Regensburg, Bayreuth, Hof und Bamberg Anschluß und Verbindungen gesucht; ebenfalls wurde die Agitationsbroschüre „Rathgeber“ an zahlreiche Adressen von in diesen Orten arbeitenden Kollegen zugesandt. Betreffs Bamberg verweist Redner auf Schmitt-Würzburg, von dem ihm die Mitteilung gemacht wurde, daß auch in Bamberg eine Agitation vorgenommen werden könnte; er bittet denselben um Mitteilung über die bis jetzt erzielten Resultate. Seybold betont unter Anderem auch, daß in diesen Städten die traurigsten Löhne existieren; so werden in Bayreuth für erste Kräfte bei 12stündiger Arbeitszeit 2,30 Mk. pro Tag bezahlt; in Regensburg herrschen die gleichen Zustände, und trotzdem konnten diese Kollegen noch nicht zur Ueberzeugung gebracht werden, daß das einzige Mittel, um endlich bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erzielen, dem Verband in Massen beizutreten sei. Zum Schluß betont der Redner, daß für den neu zu wählenden Vertrauensmann ein reiches Feld vorliege, welches kräftig bearbeitet werden müßte, hierzu sollten auch sämtliche Bevollmächtigte der einzelnen Zahlstellen ihre ganze Kraft aufbieten, um endlich doch einmal auch in diesen Städten festen Fuß zu fassen. An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich E. Zöllner-Fürth, S. Schmitt-Würzburg. Der Erstere führt an, daß von ihm in keiner Weise Unterstützung verlangt wurde, ausgenommen eine Anfrage, welche er auch beantwortet hätte. Schmitt kommt auf Bamberg zu sprechen und konstatiert, daß es ihm bis jetzt noch nicht möglich war, etwas zu erreichen, nach einer Mitteilung eines dortigen Genossen wäre es sehr leicht möglich, in Bamberg eine Zahlstelle zusammenzubringen. Bis jetzt sei er noch nicht im Besitz einer Adresse eines dortigen Kollegen, hofft aber, in nächster Zeit Besseres zu erreichen.

Es kam dann Punkt 2 der Tagesordnung: Bericht der Zahlstellenbevollmächtigten. Zunächst berichtet Zöllner-Fürth: Mitgliederzahl 1. Quartal: 27 männliche und 5 weibliche, dagegen 2. Quartal 42 männliche und 12 weibliche, somit ein Zuwachs von 15 männlichen und 7 weiblichen. Betreffs der dortigen Lohnverhältnisse wird gesagt, daß nur noch ca. 4-6 Gehilfen unter dem Minimallohn von 17 Mk. arbeiten. Redner bebauert, daß noch Kollegen unter diesem Lohn Stellung zu nehmen verstanden; er legt es den Kollegen besonders warm ans Herz, ja nicht unter dem Minimallohn daselbst in Arbeit zu treten.

Hafenrichter-Erlangen theilt mit, daß die dortige Mitgliederzahl die Höhe von 50 erreicht habe.

Schmitt-Würzburg führt an, daß in Würzburg durchschnittlich 30 bis 40 Kollegen beschäftigt sind und hiervon, trotz Bestehens eines christlichen Gewervereins, welcher auch 7 Kollegen als Mitglieder zählt, dem Verband im 1. Quartal 22, im 2. Quartal 24 Kollegen angehörten. Auch sind die Löhne jetzt zufriedenstellend, sie haben seit voriges Jahr wieder eine Besserung erfahren.

Ottawa-Nürnberg führt an, daß die Mitgliederzahl von 108 im 1. Quartal auf 142 gestiegen sei, hiervon zählt die Sektion der Lebedarbeiter 35 Mitglieder.

Die hierauf folgende Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft, besonders kam es wegen der Sektion der Lebedarbeiter zu lebhaften Erörterungen. Von allen Rednern wurden die Befürchtungen, es könnten aus den geschaffenen Sektionen Sonderorganisationen entstehen, energig zurückgewiesen. An der Diskussion beteiligten sich Zöllner-Fürth, Kairer-Nürnberg, Schmitt-Nürnberg,

Schmitt-Würzburg, Hirschleber- und Hafenrichter-Erlangen. Letzterer führt an, daß der allgemeine Aufschwung in der Vermehrung der Mitgliederzahlen ganz besonders in Nürnberg nur dem Zugsloshausgesetz zu danken seien. Bei der Wahl eines Bezirksvertrauensmannes wurde Harber-Fürth einstimmig gewählt.

Betreffend Goutag kam es zu lebhaften Erörterungen und wurde besonders das ablehnende Verhalten des Verbandsvorstandes sowie das Verhalten der Münchener Kollegen befaßt. Abhaltung eines Goutags scharf getabelt. Ein Brief von Kollegen Ortmann-Hamburg, durch Ottawa verlesen, die Unterstützung betreffend, brachte die Kollegen zu der Ansicht, daß es unbedingt nötig ist, baldigst einen Goutag für Bayern abzuhalten. Eine Abstimmung ergab, daß sämtliche Kollegen bis auf zwei für einen demnächst abzuhaltenden Goutag stimmten. Eine hierauf eingebrachte Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die heutige kombinierte Versammlung ist der Ueberzeugung, daß zwecks weiteren Ausbaues unserer Organisation im bisherigen Gau VIII, Bayern, ein Goutag baldigst abgehalten werden muß, und fordert hiermit deshalb den Gauvorstand auf, die diesbezüglichen Schritte zu thun. Des Weiteren findet die kombinierte Versammlung die durch den Gaubevollmächtigten bekannt gegebene Ansicht der Münchener Kollegen lächerlich und bebauert, daß dem ersteren Bestreben nach Mitteln und Wegen der so notwendigen Hebung unserer Organisation im Gau Bayern so kleinliche Hindernisse in den Weg gelegt werden.“

Bei Punkt 5, Verschlebeses, wurde beschloffen, demnächst einen gemeinschaftlichen Ausflug zu veranstalten und zwar in der Umgebung Erlangens; die Erlanger Kollegen wurden mit der Feststellung des Programms betraut. Die Kollegen werden an dieser Stelle aufgefordert, an dem Tage, welcher später noch bekannt gegeben wird, sich vollzählig einzufinden, da gleichzeitig der Ausflug eine Agitationstour werden soll. Hierauf erfolgte nach dem Vorschlag, sich jetzt noch zum Gewerkschaftsfest auf der Laiter Waldspitze zu begeben, mit einem Hoch auf den Verband Schluß der vier Stunden wählenden sehr interessanten Versammlung. G. S.

Die Republik Hamburg ist gerettet.

Was man in letzter Zeit in verschiedenen Städten Deutschlands erleben konnte, daß unbescholtene Männer über Nacht von einer hochwohlwollenen Regierung für vogelfrei erklärt worden sind, indem man ihnen, da sie in der Wahl ihrer Eltern so unvorsichtig waren, Ausländer zu ihren Erzeugern zu wählen, den Aufenthalt, das Gastrecht in deutschen Gauen verweigert, das hat nun die freie Republik Hamburg in dem großen Konkurrenzkampfe um die große Säuberung Deutschlands von solchen umstürzlerischen Individuen, die darauf bedacht sind, ihren Klassengenossen zu einer besseren Existenz zu verhelfen, nicht ruhig schlafen lassen, und so sucht sie nun den Königreichen Sachsen und Preußen den Lorbeer freitrag zu machen, auch auf diesem Gebiete den Rekford zu erlangen. Unser Kollege Ernst Mitsch, von Geburt ein Böhme, hat seit Oktober da Gastrecht der freien Republik genossen und in dieser Zeit, wie es jeder aufgeklärte Arbeiter für seine Pflicht hält, sich um die Interessen seiner Klassengenossen gekümmert. Dieses scheint nun in einer Großstadt wie Hamburg, wo so viele Spitzhuben und sonstige zweifelhafte Individuen ihr Unwesen treiben, ein besonders großes Verbrechen zu sein. Und so hat ein hochwohlwollender Senat beschloffen, dem Kollegen Mitsch den Aufenthalt in den geeigneten Gefilden Hamburgs zu verlagern. Er sagt am 5. August Hamburg Lebewohl und muß nun die Gastfreundschaft irgend eines anderen deutschen Bundesstaates in Anspruch nehmen. Wir erwarten daher von allen Verbandszahlstellen, daß sie dem Kollegen Mitsch auf jede Art und Weise ihre Unterstützung zu Theil werden lassen. Indem wir dem Kollegen Mitsch für seine fernere Zukunft und sein ferneres Unterkommen alles Glück wünschen, eruchen wir die Kollegen Deutschlands, diesem Wunsche Rechnung zu tragen.

Die Zahlstelle Hamburg.

Rundschau.

* Der 62 Jahre alte Buchbindermeister Johann Müller in Stuttgart wurde vorige Woche von einem Metzgerwagen überfahren und ist an den Folgen der erhaltenen Verletzungen nach kurzer Zeit gestorben.

* Der große Streik der Möbelarbeiter in Stuttgart dauert fort. Neben wöchentlich bei den

Mitgliedern unseres Verbandes am Orte vorgenommenen Sammlungen zu Gunsten der Streikenden hat die letzte Versammlung der Zahlstelle beschloffen, aus der Lokalkasse noch 300 Mk. denselben zu übermitteln.

* Der Flachsnerstreik in Stuttgart ist noch nicht beendet. Arbeitswillige haben den Meistern den Widerstand erleichtert.

* Ein Arztstreik ist in Kassel ausgebrochen. Die Augenärzte der dortigen allgemeinen Dristkranken-kasse haben wegen Herabsetzung der Behandlungssätze die weitere Behandlung der Kranken abgelehnt. Die übrigen Ärzte haben sich ihnen angeschlossen.

* Das Ende einer Zwangsinningung. Am Montag voriger Woche wurde in Köln die Zwangsinningung für das Schuhmacherhandwerk nach dreimonatigem Bestehen wieder aufgelöst. Von 650 Mitgliedern war nicht ein einziges für das Fortbestehen. Die Zwangsinningung war dadurch zu Stande gekommen, daß die Janungsschwärmer die Gegner überdöspelten. Als aber der Vorstand gewählt wurde, fielen die Leute des bekannten Janungspostels Figue durch und es kam ein innungsfeindlicher Vorstand ans Ruder. In einer Generalversammlung vor zwei Wochen hat die Zwangsinningung den lustigen Beschluß gefaßt, die von der früheren freien Janung übernommene Fahne einem historischen Museum zu überweisen.

* Die Lebedarbeiter in Wiltser sind schon in der neunten Woche ausgesperrt. An dem Kampfe, welcher den Arbeitern vom Unternehmertum aufgedrungen wurde, will dieses seine Macht zeigen. Nicht weniger als 600 Arbeiter sind arbeitslos gemacht und 2000 Personen sind davon betroffen. 95 Prozent der Arbeiter, soweit sie organisiert sind, wurden entlassen zum Zwecke der Niederwerfung der Organisation, von der man wußte, daß sie sich die Maßnahmen des Unternehmertums — Verrückung des Lohnes um 15 Prozent und eine Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 11 Stunden — nicht gefallen läßt. Um Grund zu diesem Vorgehen zu haben, wurde ein Streik mit dem neu eingesehten Fabrikschluß angezettelt. Alle anderen Brutalitäten gegen die Arbeiter, die diese wohl als Herausforderung erkannten, prallten an der Vernunft und Besonnenheit der Arbeiter ab. Die Entlassungen erfolgten angeblich wegen Arbeitsmangel. Die Arbeiter, die längst wußten, was kommen sollte, durchschaute dieses Manöver und reichten daher selbst diejenigen Arbeiter freiwillig ihre Kündigung ein, welche sich das Unternehmertum zur Verrückung der notwendigen Arbeiten behalten wollte. Eine solche Einigkeit der Arbeiter, selbst soweit diese noch nicht der Organisation angehören, hatte das Unternehmertum freilich nicht erwartet. Alles wurde daran gesetzt, wenigstens die notwendigen Arbeitskräfte zu erhalten; es gelang indessen nur, eine ganz kleine Anzahl Leute zu gewinnen, die bei solchen Großbetrieben absolut nicht ins Gewicht fallen. Die Brutalität des Unternehmertums, die so weit ging, zu Krüppeln gewordenen und auf dem Krankenbett liegenden Arbeitern ihren Entlassungsschein zuzusenden, hatte selbst den größten Theil der wenigen Unorganisierten am Orte der Organisation zugeführt. Einige Wochen hat sich das Unternehmertum in dem Bewußtsein, die Arbeiter müßten Mangels an Mitteln zur Arbeit zurückkehren, die Dinge ruhig angesehen. Jetzt, nachdem es sich in dieser seiner Auffassung getäuscht sieht, weber Arbeitswillige aus den Reihen der Ausständigen, noch solche von außerhalb sich finden und außerdem die Konjunktur eine von Tag zu Tag bessere wird und im Monat August ihren Höhepunkt erreicht, arbeitet das Unternehmertum in Anerkennung dessen, daß das ganze Geschäft zum Teufel gehen muß, mit Hochdruck daran, Dresche in die Einigkeit der Ausständigen zu legen. Es werden nun auch die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht, Arbeitswillige von außerhalb zu bekommen. Nach allen Gauen Deutschlands sind Agenten zur Werbung von Arbeitswilligen für die Lebedfabriken in Wiltser ausgesandt. Was da alles für Versprechungen seitens dieser bezahlten Agenten gemacht werden — während die Arbeiter in rigorosester Weise behandelt wurden und man sie lediglich in den Ausständigen dränge, weil ein noch größerer Profit aus ihnen herausgeschunden werden soll — kann man sich vorstellen. Da die Organisation der Lebedarbeiter durch den langen Kampf in ihren Mitteln geschwächt ist, werden die anderen Gewerkschaften um Unterstützung angegangen.

Noch eine Antwort

auf die Frage in der Nummer 27 d. Ztg. Bei Chromofarben ist auf die Farbe der Karten zu achten, um das geeignete Grundmittel für Vergoldungen

wählen zu können. Karten mit Farben, welche rasch trocknen, kann man mit Gelatine grundbiren. Zwei Tafeln weiße Gelatine werden in einem Viertel Liter kochendes Wasser aufgelöst unter beständiger Umrühren; diesem wird ein kleiner Löffel voll reiner Spiritus zugefügt und dann die Karten mittels eines Schwammes damit grundbirt. — Bei Farben, welche nicht rasch trocknen, empfiehlt es sich, die Karten mit Talkum abzureiben und dann Berggoldpulver als Grundbirtmittel anzuwenden. Bei beiden Grundbirtarten muß ziemlich heiß gedruckt werden und soll der Druck ganz kurz sein. G. A.

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dieb' Verlag), erscheint in wöchentlichen Hefen à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolportiere zu beziehen. Erschienen ist Heft 44.

Einen neuen Tendenzroman begann soeben die im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, ein neues Abonnement eröffnende illustrierte Romanbibliothek „In Freien Stunden“, die in Wochenheften zu je 10 Pf. 24 Seiten Romanzeit und 2 Seiten kleines Feuilleton bringt. Der neue Roman: „Unter den Dolomiten“ von Konrad Telmann ist ein Tendenzroman, der nicht bloß seiner spannenden Handlung und freiheitlichen Tendenz wegen Beifall finden wird, sondern der auch seines Inhalts wegen heute besonders zeitgemäß ist, wo die Religion wieder den Deckmantel für alle reaktionären Bestrebungen bilden soll. In dem Münchener Maler J. Damberger hat der Dichter einen Illustrator gefunden, der nicht bloß die Figuren in voller Lebenswahrheit, sondern auch die Gebirgswelt in ihrer ganzen erhabenen Schönheit erfasst und mit künstlerischer Vollendung wiedergegeben hat.

Heft 28 und 29 enthalten neben je 24 Seiten Romanzeit noch als kleines Feuilleton zwei Novellen: „Meine Liebe“ und „Der Kranz“, sowie kulturhistorische und humoristische Notizen.

Wir können unseren Lesern die „Freien Stunden“ bestens empfehlen.

Briefkasten.

Nach Berlin und Krefeld. Karten vom Vergnügen erhalten. Gruß Allen!

K. H. in Brandenburg a. S. Adresse mußte einwilligen geändert werden, weil Sendung an den Bevollmächtigten M. C. zurückgekommen mit dem Vermerk: Adressat abgereift, wofin unbekannt. Bitte um genaue Adressenangabe.

M. G. in Braunschweig. Name und Auszahlzeit wohl angegeben, aber nicht Straße und Hausnummer. Letzteres bitte umgehend nachzuholen, damit Veröffentlichung erfolgen kann.

G. in Berlin. Geschäftsführer und Werkführer wird meistens als gleich in der Bedeutung angesehen, Ihrem Wunsch entsprechend wollen wir aber bemerken, daß der im Bericht der vorigen Nummer als Werkführer W. bezeichnete Herr der Geschäftsleiter Witten ist.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten. Sagen i. Westf.: Friß Strohe, Nordstraße 4 II.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Anzahlter.

Sagen i. W. Z. Friß Strohe, Nordstraße 4 II; von 12-1 und 7-8 Uhr.

H. Bei Wehla, Puppenbergstraße (Gewerkschaftsherberge).

Worms. Durchreisende Mitglieder erhalten von den hiesigen Mitgliedern Unterstützung bei B. Schleinig, in Buchbinderei W. Jordan Sohn, Schloßplatz 5; von früh 7 bis Abends 7 Uhr.

Quittung.

Für die Ausgesperrten in Dänemark sind bei Unterzeichnetem zur Weiterbeförderung eingegangen: Von Bad.-Bad. Nichterb. durch L. 1 Mk., Berlin, Werkstube Dabing 10 Mk., Werkstube Jürgens 10 Mk., Werkstube Lüderitz & Bauer 17 Mk., Dortmund 10 Mk., Duisburg-Ruhrort 5 Mk., Fischenheim 5 Mk., Frankfurt a. M. 10 Mk., Götting 10 Mk., Krefeld 15 Mk., Karlsruhe 18,45 Mk., München 10 Mk., Nürnberg 50 Mk., Würzburg 3,35 Mk., 4 Buchbinder in St. 4 Mk. Gesamtsumme 373,84 Mk. E. Hauelsen.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder etc. (Eingeführ. Hilfsk.) Sitz Leipzig. 333] [3.20

Verwaltungsstelle Stuttgart.

Samstag den 29. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, findet in Prolls Restaurant, Hauptstätterstraße 108, die **Ordentliche Hauptversammlung** statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Berichterstattung über die Generalversammlung.
4. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht dringend

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Stuttgart.

Am 18. Juli verstarb unser langjähriges Mitglied

Theodor Fritsche

aus Dresden im Alter von 48 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Fachverein Leipzig.

Sonabend den 29. Juli, Abends 1/9 Uhr, im Restaurant „Johannisthal“, Hospitalstraße 22 I **General-Versammlung.** 334] [1.60

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Gesamtvorstandes.
2. Anträge.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Gewerkschaftliches.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

Der Vorstand.

NB. Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Zahlstelle Krefeld.

Sonntag den 6. August, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Steinlach, Westwall **General-Versammlung.** 335] [1.30

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Bericht vom Gewerkschaftsstartell.
3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Buchbinderei

im Herzogth. Oldenburg auf sofort zu verkaufen. Offerten unter „Buchbinderei O.“ gegen Retourmarke durch die Expedition dieser Zeitung. 336.] [0,50

Kleine, schön eingerichtete Schreibwaaren- und Schulbuchhandlung

in aufblühendem Stadttheil einer größeren Stadt des Erzgebirges gelegen, ist Familienverhältnisse halber sofort zu verkaufen.

liegt direkt bei der Schule, ohne Konkurrenz, und bietet einem tüchtigen Buchbinder eine gesicherte Zukunft.

Offerten unter A. Z. 3700 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. 337] [2,80

Werkführer

für die Buchbinderei einer größeren Geschäftsbücherfabrik bei hohem Verdienst und dauernder Lebensstellung per sofort gesucht.

Derselbe muß eine größere Buchbinderei schon längere Zeit selbstständig geleitet haben und la. Zeugnisse besitzen.

Werkführer von Geschäftsbücherfabriken erhalten den Vorzug.

Angebote unter „Werkführer“ befördert die Expedition dieses Blattes. 338] [2,80

Ein tüchtiger, fleißiger und solider Schnittmacher,

der im Flach- und Hohl-schnittmachen durchaus bewandert ist, findet gegen guten Lohn sofort dauernde und angenehme Stellung.

W.-Glabach (Rheinland). [2,20

339.] A. Riffarth, Dampf-Buchbinderei.

Tüchtiger Marmorierer

auf sämtliche Schnitte eingearbeitet, sucht Stellung, am liebsten in einer Geschäftsbücherfabrik. 340] [0,70

Offerten erbeten unter E. N. an die Exped. d. Stg.

Gerade Titel drucken Sie

sicher mit den alten bewährten Schriftkisten, welche die bekannte Firma F. Klement-Leipzig fertigt. [1,00

342.] Dölitz-Leipzig. [2,40

Melnen Gasthof „Zum Reiter“ in Dölitz mit großem Gesellschaftszimmer, Gastzimmer mit Billard, schönem Tanz-Saal, großem schattigen Garten mit Kolonnade, empfehle freundlicher Benützung bei Ausflügen, Festlichkeiten etc.

Zwanzig Minuten von der Endstation Sonnenwisch gelegen, führt der Weg dahin entlang dem Mühlgraben der Pleiße durch Wald und Wiesengelände.

Achtungsvoll ladet ein Der Besitzer: Bernhard Klähn.

Leipzig.

Sonntag den 13. August

Leipzig.

Grosse Matinee im Etablissement Albertgarten, L. Anger

ausgeführt von den Männerchören: **Buchbinder-Männerchor Berlin, Männergesangverein Liberté Dresden** (früher Buchbinder-Männerchor), **Buchbinder-Männerchor Leipzig**, unter Leitung ihrer Dirigenten der Herren Emil Thilo, Heinrich Riva, Rudolf Heyne.

Einlass 10 1/2 Uhr.

120 Sänger.

Anfang präzis 11 Uhr.

Programme im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf., sind bei allen Vertrauensleuten zu entnehmen.

Der Reinertrag fließt dem Arbeitslosenfonds zu.

Nachmittags 4 Uhr: **Sommerfest in sämtl. Räumen der „Drei Mohren“, Leipzig-Anger zu Ehren der Berliner und Dresdener Sänger, bestehend in Konzert und Ball.**

343.] **Eintritt 20 Pf. Matinee-Programme berechtigen zum freien Eintritt.** [7,00

Alle Kollegen und Kolleginnen, sowie Freunde und Gönner des Vereins, sind höchst herzlich eingeladen.

Der Vorstand des Buchbinder-Männerchor Leipzig.

Protokoll

über die

am Sonntag den 25. Juni und Montag den 26. Juni 1899 in Leipzig im Restaurant „Zum Johanniſthal“, Hoſpitalſtr. 22 I

abgehaltene regelmäßige

Ordentliche General-Versammlung

der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige (Eingetr. Hilfskaffe).

In Ausführung des Beschlusses der letzten ordentlichen Generalversammlung zu Bremen, die nächste ordentliche Generalversammlung in Leipzig abzuhalten, hat der Vorsitzende des Vorstandes der Kasse laut der im Kassenorgan, der „Buchbinder-Zeitung“, in Nummer 12, de dato Stuttgart, den 25. März 1899, 15. Jahrgang, erschienenen Bekanntmachung vom 18. März 1899, also in Nachachtung der Vorschrift in § 31 Abs. 2 des Kassenstatuts rechtzeitig und formrichtig durch das Kassenorgan bekannt gegeben, daß die regelmäßige ordentliche Generalversammlung Sonntag den 25. und Montag den 26. Juni 1899 in Leipzig im Restaurant „Zum Johanniſthal“, Hoſpitalſtraße 22 I, stattfindet und daselbst Vormittags 11 Uhr eröffnet wird. Mit dieser öffentlichen Bekanntmachung ist gleichzeitig folgende Tagesordnung bekannt gegeben worden:

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
2. Bericht des Ausschusses.
3. Prüfung und Bestätigung der Jahresrechnung von 1896, 1897 und 1898.
4. Berathung und Beschlußfassung der auf Abänderung des Statuts gestellten Anträge.
5. Feststellung der Beamtengehalte.
6. Wahl und Entlassung des Vorstandes, des Ausschusses und deren Ersatzmänner.
7. Wahl des Revisionsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnungen.
8. Verschiedenes.

Die Anträge, welche auf die Tagesordnung dieser Generalversammlung kommen sollten, sind im Kassenorgan, der „Buchbinder-Zeitung“, in Nr. 19, de dato Stuttgart, den 13. Mai 1899, 15. Jahrgang, vom Vorsitzenden des Vorstandes veröffentlicht worden und so zu allseitiger Kenntniß gebracht worden.

Sie wären also, auch nach § 31 Abs. 3 rechtzeitig dem Vorstande schriftlich mitgeteilt worden.

Der Termin zur Wahl der Abgeordneten zu dieser Generalversammlung war in Nachachtung der Vorschrift in § 27 Nr. 12 des Statuts nach Ausweis der öffentlichen Bekanntmachung über die Einberufung der Generalversammlung vom Vorstand auf den 27. Mai 1899 bestimmt und veröffentlicht worden, auch gleichzeitig in derselben Bekanntmachung die Wahlabtheilungen sowie die Zahl der Abgeordneten für jede Wahlabtheilung bekannt gegeben worden.

Im Kassenorgan, der „Buchbinder-Zeitung“, in Nr. 20, de dato den 20. Mai 1899, 15. Jahrgang, ist die Aufforderung zur Wahl der Abgeordneten seitens der einzelnen Verwaltungsstellen unter Bekanntgabe des Wahltermins auf den 27. Mai 1899 und unter gleichzeitigem Abdruck des Wahlreglements öffentlich erschienen.

Zu der auf den 25. und 26. Juni 1899 einberufenen regelmäßigen ordentlichen Generalversammlung waren am Sonntag den 25. Juni 1899 in Leipzig im Restaurant „Zum Johanniſthal“, Hoſpitalſtraße 22 I, Vormittags 11 Uhr, erschienen:

a. vom Vorstande der Zentralkasse:

Herr P. Brandmair aus Leipzig, Vorsitzender,
Herr P. Städter aus Leipzig, Kassier.

b. vom Ausschusse:

Herr W. Eigler aus Berlin, Vorsitzender des Ausschusses.

c. Für die Wahlabtheilungen:

I. Wahlabtheilung:

Die Herren Robert Blei, Emil Weichmann, H. Bergmann, Emil Kloth, Emil Pfütze, G. Zinke, Richard Braun, sämmtlich aus Leipzig.

II. Wahlabtheilung:

Herr Carl Müller aus Dresden.

III. Wahlabtheilung:

Herr Emil Vohr aus Buchholz.

IV. Wahlabtheilung:

Die Herren Paul Schneider, Bernhard Jost, Otto Schneider, L. Woller, A. Bergmann, F. Bytomski, sämmtlich aus Berlin.

V. Wahlabtheilung:

Herr A. Knorr aus Stettin.

VI. Wahlabtheilung:

Herr N. Adler aus Hamburg.

VII. Wahlabtheilung:

Herr Georg Schröder aus Hannover.

VIII. Wahlabtheilung:

Herr Reinhold Schubert aus Magdeburg.

IX. Wahlabtheilung:

Herr Friedr. Forstreuter aus Revelar.

X. Wahlabtheilung:

Herr A. Kaufmann aus Aachen.

XI. Wahlabtheilung:

Herr Heinrich Müller aus Frankfurt a. M.

XII. Wahlabtheilung:

Die Herren H. Falke, A. Glaab, sämmtlich aus Offenbach.

XIII. Wahlabtheilung:

Herr Johannes Reiz aus Bieber, Herr Christ. Reiz aus Oberthausen.

XIV. Wahlabtheilung:

Herr J. Heibel aus Stuttgart.

XV. Wahlabtheilung:

Herr Joh. Geschwinder aus Freiburg i. B.

XVI. Wahlabtheilung:

Herr Oskar Starke aus München.

XVII. Wahlabtheilung:

Herr Josef Riehl aus Nürnberg.

XVIII. Wahlabtheilung:

Herr Max Weniger aus Gotha.

XIX. Wahlabtheilung:

Herr Emil Berlinghoff aus Sena.

Herr A. Jacob aus Offenbach zur Wahlabtheilung XII war zwar zur Generalversammlung erschienen, wurde aber vor Beginn derselben durch die Nachricht eines Todesfalles in seiner Familie nach Hause abgerufen.

Sonach ist zu konstatiren, daß die Generalversammlung der Zahl der Abgeordneten nach beschlußfähig ist.

Weiter waren erschienen:

Herr Rechtsanwalt Paul Dix, als Rechtsbeistand und Protokollführer. Ferner waren als zugezogene Zeugen anwesend:

Herr Emil Pannier und Herr August Hermann Trötchel.

Der Vorsitzende der Zentralkasse Herr Brandmair eröffnete die Generalversammlung mit einem herzlichen Willkommen an alle Erschienenen und übergab Herrn L. Woller aus Berlin als dem an Jahren ältesten Abgeordneten das Wort zur Leitung der Bureauwahl.

Derselbe ernunt darauf Herrn Bergmann aus Berlin als provisorischen Schriftführer und leitet darauf die Wahl des ständigen Vorsitzenden, des ständigen Schriftführers und deren Stellvertreter.

Gewählt wurden mit Majorität:

Herr Jost aus Berlin als erster Vorsitzender.

Herr Bergmann aus Berlin als erster Schriftführer.

Herr Blei aus Leipzig als zweiter Vorsitzender.

Herr Pfütze aus Leipzig als zweiter Schriftführer.

Alle Gewählten nahmen die Wahl an.

Im Anschluß daran giebt Herr Brandmair bekannt, daß Rechtsanwalt Dix als Rechtsbeistand zwecks Errichtung eines formrichtigen Protokolls zugezogen worden sei und zu diesem Zwecke den Schriftführern, den Herren Bergmann und Pfütze, bei der Protokollführung beistehen werde.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Herr Jost fordert darauf zur Wahl einer Mandatsprüfungskommission auf. Zu Mitgliedern derselben wurden gewählt die Herren

Bytomski aus Berlin,

Falke aus Offenbach und

Braun aus Leipzig.

Sämmtliche Herren nahmen die Wahl an.

Herr Brandmair theilt darauf mit, daß nach der Veröffentlichung der Wahlprüfungskommission des Zentralvorstandes gegen die Gewählten und erschienenen Delegirten Wahlproteste nicht erhoben worden seien, die Ankündigung eines Protestes liege nur aus der Wahlabtheilung X gegen Kaufmann aus Aachen vor. Er forderie zur Begründung dieses Protestes während der Mandatsprüfung auf.

Die Mandatsprüfungskommission nimmt den Akt der Mandatsprüfung in einer Sitzung im gesonderten Zimmer vor. Die Sitzung der Generalversammlung wird zu diesem Zwecke unterbrochen.

Nach Vollenbung des Prüfungsaktes tritt die Mandatsprüfungskommission wieder in die Versammlung, welche der Vorsitzende Jost wieder eröffnet. Das Mitglied derselben, Herr Braun aus Leipzig, erhielt das Wort zum Bericht über die vollzogene Mandatsprüfung. Er berichtet, daß die

Wahlprüfungskommission alle Mandate geprüft habe, sie habe konstatiert, daß Proteste nach Veröffentlichung der Wahlen nicht eingegangen seien und daß die Wahlen aus diesen Gründen als gültig zu erachten seien.

Die Versammlung berichtet auf die Verlesung der Geschäftsordnung, da sie schon zur Kenntnis der Delegierten gekommen sei.

Der Vorsitzende erklärt darauf, daß die Versammlung nunmehr in die Tagesordnung der Generalversammlung eintrete.

Herr Brandmair erhält das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung.

Er giebt einen Geschäftsbericht des Vorstandes, der eingehend über die Thätigkeit des Vorstandes seit der letzten Generalversammlung berichtet. Der Vorsitzende eröffnet über diesen Bericht die Diskussion. Herr Adler aus Hamburg stellt mehrere Anfragen. Herr Brandmair beantwortet diese sachgemäß dahin, daß Schuhe als Heilmittel nicht anzusehen seien und daß der Plan des Verbandes der vereinigten Hilfskassen, eigene Heilstätten zu bauen, nicht ausgeführt sei, sondern vielmehr stocke. Herr Schneider aus Berlin theilt mit, daß der Verbandsvorstand der vereinigten Hilfskassen allerdings davon abgekommen sei, Heilstätten selbst zu bauen, aber beschlossen habe, mit bestehenden Heilanstalten Verträge zu schließen, um die Aufnahme der Mitglieder in solche Anstalten herbeizuführen.

Herr Hebbel aus Stuttgart rügt, daß die Fragen der Lungenheilstätten nicht auf die Tagesordnung gekommen sei. Er weist zwar die Ansicht, eigene Heilstätten zu bauen, zurück, plädiert aber dafür, daß die Kranken sofort und so früh wie möglich von der Kasse in Heilstätten geschickt werden.

Die Versammlung beschließt darauf mit Einstimmigkeit, dem Vorstand auf Grund seines Berichts Decharge zu erteilen.

Darauf erstattet Herr Städter den Kassenbericht. Die gebrauchten Kassenberichte der letzten drei Jahre liegen den Delegierten vor. Der Vorsitzende eröffnet auch über diesen Bericht die Debatte. Es meldet sich Niemand zum Wort.

Die Versammlung erteilt hier auf einstimmigen Beschluß dem Kassier gegenüber Decharge.

Der Vorsitzende leitet die Verhandlung auf Punkt 2 der Tagesordnung.

Herr Tilgner aus Berlin giebt den Geschäftsbericht des Ausschusses.

Der Vorsitzende eröffnet die Debatte über diesen Bericht. Zunächst erhält Herr Brandmair das Wort, der zuerst auf den Fall Griewak näher eingeht und an dem Verfahren des Ausschusses rügt, daß der Ausschuß selbständig und ohne Mitarbeit des Vorstandes zu fordern, neues Beweismaterial für die Entscheidung dieses Falles herbeigezogen habe und auf diese Weise eine Entscheidung getroffen habe, die sich in Widerspruch mit dem Beschluß des anders und nicht voll informierten Vorstandes gesetzt habe. Er bittet, dieses Verfahren zu vermeiden. Herr Hebbel rechtfertigt das Verfahren des Ausschusses. Herr Tilgner rechtfertigt den Ausschuß im Falle Griewak.

Herr Müller aus Frankfurt spricht sich gleichfalls zu dem Bericht des Ausschusses aus und empfiehlt, die Frage, ob Heilmittel zu bewilligen seien oder nicht, von Fall zu Fall zu entscheiden.

Herr Falke aus Offenbach rechtfertigt den Ausschuß in der Richtung, daß allerdings der Ausschuß berechtigt sei, selbständig zu entscheiden und deshalb sich neu und selbst zu informieren, neue Beweise und Thatsachen heranzuziehen.

Herr Brandmair rechtfertigt im Weiteren die Forderung des Vorstandes, in Fällen, wo der Ausschuß neue Information sich verschafft, diese Information dem Vorstande zur Kenntnis zu bringen, ehe er auf Grund dieses neuen Thatsachensatzes entscheidet. Es sei das Recht des Vorstandes, in solchen Streitfällen als Partei gehört zu werden.

Herr Pfütze aus Leipzig weist seinerseits darauf hin, daß der Ausschuß mit dem geübten Verfahren

nicht den Vorstand entlaste, sondern belaste. Er bittet gleichfalls den Ausschuß, in künftigen gleichen Fällen den Vorstand vorerst zu hören.

Herr Hebbel aus Stuttgart erörtert gleichfalls die zur Verhandlung stehende Streitfrage.

Herr Tilgner giebt darauf die Zusage, daß der Ausschuß den Wünschen des Vorstandes gemäß in Zukunft verfahren und also den Vorstand über neues Material vor seiner Entscheidung hören werde.

Herr Schröder legt seinerseits seinen Standpunkt in diesem Punkte dar.

Als die Verhandlung soweit gebiethen war, wurde dieses Protokoll vorgelesen. Der Vorsitzende fragte die Versammlung, ob Einspruch gegen dieses Protokoll erhoben werde. Es geschah dies nicht und die Versammlung erklärte daselbe für genehmigt.

Darauf erklärte der Vorsitzende die Versammlung auf eine Stunde unterbrochen.

Um 3 Uhr eröffnete der Vorsitzende Fost wieder die Verhandlungen und verlas die Präsenzliste. Die Delegierten waren vollständig versammelt.

Der Vorsitzende leitete die Verhandlung auf Punkt 3 der Tagesordnung. Herr Weichmann aus Leipzig erstattete Namens des Revisionsausschusses Bericht über die Prüfung der Jahresrechnungen 1896, 1897 und 1898. Er stellte fest, daß der Revisionsausschuß die Jahresrechnungen für richtig befunden habe.

Der Vorsitzende eröffnete darüber die Diskussion. Herr Müller aus Frankfurt betont die Wichtigkeit der Jahresrechnungen der Verwaltungsstelle Frankfurt. Herr Städter befristwortet Reinklichkeit und Ordnung in der Buchführung insbesondere in Rücksicht der Ueberschüsse. Herr Weichmann vermahnt sich dagegen, daß er dem Kassier Vorwürfe machen wollen und empfiehlt vor Allem den kleinen Verwaltungsstellen, Fehler in der Buchführung soviel als möglich zu vermeiden.

Die Versammlung spricht darauf einstimmig die Jahresrechnungen 1896, 1897 und 1898 richtig.

Der Vorsitzende leitet die Verhandlung auf Punkt 4 der Tagesordnung. Der Vorsitzende theilt mit, daß noch zwei Anträge eingegangen sind und zwar stellt Müller aus Frankfurt für die Anträge C den Antrag auf Dringlichkeit und ferner Reiz und Genossen den Antrag:

Zu § 27 Absatz 5 das Wort „eingeschrieben“ zu streichen.

Auf Befragen des Vorsitzenden lehnt die Versammlung einstimmig eine Generaldebatte über die vorliegenden Anträge ab.

Es wurde darauf in die Spezialdebatte eingetreten und zwar über

1. Zu Antrag 1 der Verwaltungsstelle München. Herr Starke aus München begründete diesen Antrag als Antragsteller und weist darauf hin, daß es zweifellos sei, daß kein Mitglied allein seinen Unterhalt in Krankheitsfälle aus der Unterstützung der Kasse bestreiten könne und deshalb gezwungen sei, anderen Kassen anzugehören. Für seinen Antrag spreche auch, daß ca. 5000 Mitglieder die Zentralkasse zur Zeit schon nur als Zuschußkasse benutzten. Er weist auf die Kasse des Geneseler-Bundes als Beispiel hin. Er könne nicht finden, daß die Umwandlung der Kasse in eine Zuschußkasse der Kasse das Fundament entziehen würde und stellt zum Beweise dessen eine Rechnung auf, welche die finanzielle Existenzmöglichkeit der Kasse im Sinne des Münchener Antrages erweisen soll. Er fährt weiter aus, daß die Befürchtung, es werde bei Umwandlung der Kasse in eine Zuschußkasse ein allgemeiner Austritt der Mitglieder eintreten, für die Jetztzeit unbegründet sei, der Zug der Zeit dränge die Arbeiter, sich immer mehr doppelt zur versichern. Diese Tendenz sichere die Existenz der Kasse als Zuschußkasse. Auch der Tuberkulosenkongress in Berlin habe die doppelte, die mehrfache Versicherung empfohlen. Auch das rechtfertige den Münchener Antrag. Der Kasse erwachsen Gefahren aus den Bestrebungen der Aerzte auf Abänderungen des

Hilfskassengesetzes. Um diesen Gefahren vorzubeugen, sei die Umwandlung der Zentralkasse in eine Zuschußkasse notwendig.

Herr Falke aus Offenbach begrüßt den Antrag als alte Seeschlange und bittet deshalb, sich in der Diskussion zu beschränken und den Antrag abzuweisen, da ein neuer Thatsachensatz zur Revision der früheren Beschlüsse nicht Anlaß giebt.

Herr Roth aus Leipzig bittet gleichfalls, daß die Anhänger der alten Beschlüsse auf das Wort zu diesem Antrage verzichten mögen.

Herr Schneider aus Berlin weist darauf hin, daß der Münchener Antrag allerdings durch neue Gründe nicht gerechtfertigt sei und daß deshalb für die Zentralkasse kein Grund vorliege, dem Münchener Antrage stattzugeben. Er weist auf die Beunruhigung hin, welche der Münchener Antrag in der Berliner Mitgliedschaft hervorgerufen habe und betont, daß daraus eine große Gefahr für das Gedeihen der Zentralkasse entspre, die die Münchener doch in Zukunft vermeiden möchten dadurch, daß sie ihren wiederholt zurückgewiesenen Antrag nicht jedesmal wiederbringen.

Herr Hebbel spricht für die Umwandlung in eine Zuschußkasse in längerer Rede und stützt seine Ansicht durch Vorführung von Beispielen der Doppelversicherung, die sich immer mehr ausbreite. Er ist auch der Meinung, daß den Bestrebungen der Aerzte nur durch die Umwandlung in eine Zuschußkasse begegnet werden könne.

Herr Brandmair verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß die Erhebungen des Vorstandes nicht ernstlich und korrekt vorgenommen worden seien. Diese Erhebungen haben festgestellt, was sie allein feststellen sollten, nämlich wieviel Mitglieder die Kasse als Zuschußkasse benutzen. Eine andere Fragestellung sei nicht nötig gewesen. Für die Unzuverlässigkeit der Antworten der Mitglieder könne der Vorstand nicht aufkommen. Er resolvire sich, daß er erst den Nachweis fordere, daß etwas Besseres durch die Umwandlung erbracht werde, dieser Nachweis liege den Antragstellern ob. Wohl aber sei es Thatsache, daß der Münchener Antrag die Zentralkasse erheblich schädige, insbesondere seien in Stuttgart schon Mitglieder in Folge des Münchener Antrags ausgetreten und erst wieder gekommen, als dieser Antrag zurückgewiesen worden sei.

Herr Berlinghoff spricht warm für den Fortbestand der Zentralkasse in ihrer jetzigen Organisation.

Herr Niede aus Nürnberg befristwortet die Zurückweisung des Münchener Antrages und weist nach, daß der Geneseler-Bund sich selbst sehr gerne als freie Hilfskasse konstituiert hätte, wenn er nur dazu seiner Zeit finanziell fähig gewesen sei, er sei also wider willen Zuschußkasse. Auch rechtfertige die Leistungsfähigkeit der Ortskrankenkasse zu Nürnberg nicht die Umwandlung der Zentralkasse in eine Zuschußkasse.

Herr Müller aus Frankfurt bittet, das Streben nach Besserung und Neuorganisation dem Ausbau der bestehenden Kasse zu Gute kommen zu lassen.

Herr Adler aus Hamburg spricht als Anhänger der Zuschußkasse und rechtfertigt seinen Standpunkt insbesondere damit, daß die Ortskrankenkassen, insbesondere die in Hamburg, auf die Umwandlung in eine Zuschußkasse hindrängten.

Herr Knorr aus Stettin theilt mit, daß er von seiner Verwaltungsstelle beauftragt sei, gegen den Münchener Antrag zu stimmen und zwar um deswillen, weil man doch von den Antragstellern zunächst fordern müßte, daß sie ein Statut für die neu zu organisierende Zuschußkasse als Begründung für ihren Antrag vorlegen, damit man sehen und urtheilen könne, was die Zuschußkasse leisten solle, und prüfen könne, ob sie das zu leisten auch im Stande sei.

Herr Bohr konstatiert auch aus seinem Wahlkreis, daß die einzige Wirkung des Münchener Antrages eine bedeutende und schädliche Beunruhigung der Mitglieder sei.

Herr Müller aus Dresden legt denselben Standpunkt dar und theilt mit, daß seine Verwaltungsstelle einstimmig den Münchener Antrag zurückweise.

Zuletzt rechtfertigt Herr Heibel nochmals seinen Antrag und tritt mehrfach den Ausführungen der gehörten Redner entgegen. Er entwickelt die Gründe, aus denen er aus einem Gegner des Münchener Antrags zu einem Freunde desselben geworden sei.

Darauf erhält Herr Brandmair das Wort und verweist darauf hin, daß jedes Mitglied in der jetzigen Organisation der Kasse kein Hinderniß finde, der Ortskrankenkasse als Mitglied beizutreten, sich also doppelt zu versichern mit der Wirkung der Zuschußkasse. Der Münchener Antrag fordere also Ueberflüssiges, gefährde dagegen wohlverworbene Rechte derjenigen Mitglieder, welche Gegner des Münchener Antrags seien, auch sei es zweifelhaft, ob die jetzigen Mitglieder bei der Umwandlung der Kasse in eine Zuschußkasse noch als finanziell mächtig genug anzusehen seien, die Beiträge für die dann gegebene Doppelversicherung aufzubringen.

Herr Adler legt nochmals seinen Standpunkt dar und findet die Umwandlung insbesondere im Interesse der Gewerkschaftsbewegung geboten.

Herr Forstreiter spricht gegen Herrn Adler und bittet über den Münchener Antrag endlich abzustimmen.

Der Vorsitzende konstatiert den Schluß der Rednerliste und erteilt nochmals Herrn Starke aus München das Wort, der den Münchener Antrag weiterhin begründet.

Der Vorsitzende schließt die Debatte zu dem Antrag 1.

Herr Klotz erhält das Wort zu einer persönlichen Bemerkung gegen den Vorwurf gehässigen Vorgehens.

Auch Herr Adler aus Hamburg spricht nochmals in Kraft einer persönlichen Bemerkung.

Der Vorsitzende konstatiert, daß über den Antrag ausführlich und gründlich debattiert ist und schreitet zur Abstimmung.

Der Antrag 1 zu § 1 der Verwaltungsstelle München wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende läßt über die Resolution Stuttgart zu § 1 des Statuts abstimmen. Dieselbe wird mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den dringlichen Antrag unter C. Allgemeine Anträge der Verwaltungsstelle Hannover zur Debatte. Herr Schröder aus Hannover begründet diesen Antrag. Herr Schneider aus Berlin wendet sich gegen diesen Antrag und hält diesen Antrag für überflüssig. Auch Herr Adler aus Hamburg wendet sich gegen diesen Antrag.

Herr Schröder erwidert, seinen Antrag rechtfertigend.

Der Vorsitzende läßt darüber abstimmen.

Die Abstimmung ergibt Ablehnung des Antrags der Verwaltungsstelle Hannover zu § 1 Abs. 3 mit allen gegen 1 Stimme. Der Vorsitzende erteilt Herrn Schröder aus Hannover das Wort zur Begründung des Antrags der Verwaltungsstelle Hannover zu § 2 Abs. 2. Die darauf vorgenommene Abstimmung ergibt die einstimmige Ablehnung dieses Antrags. Der Vorsitzende stellt den Antrag 2 zu § 3 der Verwaltungsstelle Stuttgart zur Diskussion. Herr Heibel aus Stuttgart begründet diesen Antrag und bittet um Annahme.

Herr Brandmair bittet die Versammlung, diesen Antrag abzulehnen, da die Annahme dieses Antrags die Kasse der Willkür und Ausbeutung der Aufnahmestudenden ausliefe. Die Annahme dieses Antrags mache den Vorstand der Kasse wehrlos beim Schutze der Kasse gegen Ausbeutung und greife die Kasse in ihrem Bestande an.

Herr Schneider aus Berlin empfiehlt, gleichlautende Anträge zusammen zu verhandeln und darüber abzustimmen. Herr Falke aus Offenbach empfiehlt die Ablehnung dieses Antrags. Herr Heibel aus Stuttgart befürwortet den Antrag nochmals.

Herr Geschwinder aus Freiburg theilt mit, daß er beauftragt sei, für den Antrag zu stimmen und legt die Gründe dar. Herr Pfütze empfiehlt dringend die Ablehnung des Antrags insbesondere um deswillen, weil der Zentralvorstand so wie so in der Regel nach der Information der Verwaltungsstelle entscheide.

Der Vorsitzende läßt darauf über den Antrag 2 § 3 abstimmen.

Er wird einstimmig abgelehnt.

Der Vorsitzende eröffnet die Debatte zu den Anträgen 3 § 6, 4 § 6, 5 § 6.

Herr Heibel aus Stuttgart begründet diesen Antrag 3.

Herr Brandmair empfiehlt die Ablehnung des Antrags 3, wenn er sich auch mit den Ausführungen Heibels einverstanden erklärt. Herr Berlinghoff spricht gleichfalls zu diesen Anträgen und bittet um deren Ablehnung. Herr Schneider legt seinen Standpunkt dar. Herr Müller aus Frankfurt spricht sich für die Nothwendigkeit eines Zeugnisses auch der aus dem Militärdienst Ausretenden aus. Herr Brandmair rechtfertigt nochmals die Anträge des Zentralvorstandes insbesondere durch Ansehen von Beispielen, daß in der That Militärpersonen krank aus dem Militärdienst ausreteten. Herr Zipperer empfiehlt als Mitglied die Annahme der Anträge des Zentralvorstandes. Herr Otto Schneider aus Berlin wendet sich gegen die Anträge. Herr Knorr aus Stettin spricht ebenfalls zu diesen Anträgen.

Herr Paul Schneider erwidert den Rednern, die sich für Ablehnung dieser Anträge ausgesprochen haben und resumirt sich dahin, daß das Statut in dieser Richtung nicht abgeändert werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag 3 § 6 einstimmig abgelehnt, der Antrag 4 § 6 mit der nöthigen Zweidrittelmajorität angenommen, wie durch Auszählen konstatiert wurde.

In der Debatte zu Antrag 5 § 6 spricht Herr Müller aus Frankfurt für Annahme des Antrags, ebenso Herr Heibel aus Stuttgart und Herr Adler aus Hamburg.

Herr Braun spricht für Annahme des Antrags, daß die Invalidenanstalten nicht unter den Antrag einbegriffen sind. Herr Falke aus Offenbach sucht nachzuweisen, daß der Antrag in seiner Fassung dem Wunsche des Vorredners schon entspricht. Herr Brandmair beantragt den Zusatz, „worunter Versicherungsanstalten nicht zu verstehen sind“, vor den Worten „untergebracht sind“, einzuschreiben.

Bei der Abstimmung ergibt sich die einstimmige Annahme des Antrags 5 § 6 mit dem Antrage Brandmairs.

Herr Blei beantragt, die Versammlung heute abzubrechen. Herr Schneider aus Berlin stimmt diesem Antrage mit der Bitte an das Bureau bei, die gleichartigen Anträge morgen zusammen zu verhandeln und darüber zu beschließen.

Herr Brandmair spricht gegen den Antrag Bleis. Der Antrag Bleis wird abgelehnt und so die Versammlung fortgesetzt.

Zu Antrag 6 § 7 Abs. 3 in Verbindung mit Antrag Barmen § 7 Abs. 1 spricht allein Herr Adler sich ablehnend aus. Bei der Abstimmung wird der Antrag der Verwaltungsstelle einstimmig abgelehnt, ebenso Antrag 6 § 7 Abs. 3.

Zu Antrag 7 § 7 Abs. 3 spricht Herr Schubert aus Magdeburg. Bei der Abstimmung wird dieser Antrag einstimmig abgelehnt.

Antrag 8 § 7 Abs. 4, Antrag 9 § 7 Abs. 4 und die Anträge der Verwaltungsstelle Stettin werden debattiert. Herr Heibel aus Stuttgart und Herr Müller aus Frankfurt sprechen sich gegen diese Anträge aus. Herr Knorr aus Stettin rechtfertigt den Antrag der Verwaltungsstelle Stettin und empfiehlt deren Annahme. Herr Brandmair empfiehlt dringend die Ablehnung dieser Anträge im Interesse der Kasse. Diese Anträge durchdrängen Prinzipien, die jede andere Kasse einhalte und ohne welche keine Kasse bestehen könne. Die Einziehung der Beiträge werde

gefährdet und ein Zustand herbeigeführt, in welchem die Kasse zwar die Unterstützung zahlt, die Mitglieder aber keine Beiträge gewähren. Herr Falke spricht aus gleichem Grunde für Ablehnung dieser Anträge.

Bei der Abstimmung werden die Anträge 8 § 7, 9 § 7 Abs. 4 und der Antrag der Verwaltungsstelle Stettin einstimmig abgelehnt.

Den Antrag 10 § 7 Abs. 7 begründete Herr Schneider aus Berlin aus Gründen der Gerechtigkeit und Billigkeit, die er durch Beispiele vor die Augen führte.

Herr Falke bemerkt, daß zu diesem Antrag der Antrag der Verwaltungsstelle Magdeburg zu C. gehöre und bittet, beide Anträge gleichzeitig zu verhandeln.

Herr Pfütze befürwortet die Ablehnung der Anträge. Herr Schubert aus Magdeburg empfiehlt die Annahme der Anträge.

Herr Zipperer spricht als Mitglied für die Ablehnung der Anträge und wendet sich insbesondere gegen die Ausführungen des Herrn Schneider aus Berlin.

Der Vorsitzende Jost ergreift gleichfalls zu diesen Anträgen das Wort, und befürwortet die Annahme dieser Anträge, die bestimmt seien, ein altes Unrecht zu beseitigen.

Der Antrag auf Schluß der Sitzung wird mit Majorität abgelehnt.

Herr Brandmair wendet sich gegen die Darlegung des Herrn Jost und weist nach, daß schon das bisherige Statut genügenden Schutz gegen die Nachteile, welche diese Anträge abwenden wollen, gewähre und die Kasse selbst gegen Mißbrauch schütze. Er bittet die Versammlung, abzulehnen. Herr Otto Schneider befürwortet die Annahme der Anträge. Herr Heibel stimmt den Ausführungen des Berliner Delegierten zu und empfiehlt die Annahme der Anträge. Herr Müller aus Frankfurt weist die Ueberflüssigkeit dieser Anträge nach, schon jetzt könne sich jedes Mitglied im Sinne dieser Anträge schützen.

Herr Reiz aus Bieber spricht im Sinne des Vorredners gegen die Anträge. Herr Falke spricht gegen die Annahme. Herr Adler aus Hamburg spricht gegen die Anträge. Herr Jost nimmt nochmals das Wort und legt dar, daß es sich gerade darum handle, die nach dem Statut bisher nöthige Formalität, sich wieder anzumelden, abzuschaffen, da diese Formalität allerdings dazu gebraucht werden könne, einem Mitgliede, das Jahrzehnte gesteuert hat, seine Kassenrechte und formellen Rechte zu entziehen.

Herr Schneider-Berlin rechtfertigt aus anderen Gründen die Nothwendigkeit dieses Antrags. Herr Berlinghoff beantragt Schluß der Rednerliste. Der Antragsteller zieht jedoch diesen Antrag zurück.

Herr Brandmair bittet dringend um Ablehnung des Antrags. Herr Schröder aus Hannover empfiehlt die Annahme der Anträge. Herr Otto Schneider rechtfertigt nochmals den Berliner Antrag und weist nach, daß nicht allein die Interessen der Berliner Verwaltungsstellen gewahrt würden.

Herr Bytomski beantragt Schluß der Debatte und befürwortet diesen Antrag.

Die Versammlung genehmigte diesen Antrag. Nachdem Herr Pfütze und Herr Jost nochmals zur Sache gesprochen und Herr Adler eine persönliche Bemerkung gemacht hatte, schritt der Vorsitzende zur Abstimmung.

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die Versammlung wurde, als die Verhandlung soweit gediehen war, durch einstimmigen Beschluß auf Schluß der Tagung abgebrochen. Das Protokoll wurde sofort verlesen und nach Erledigung einiger Monita von der Versammlung allseitig für richtig gesprochen und genehmigt.

Am Montag den 26. Juni 1899 wurde die Versammlung wieder vom Vorsitzenden Jost eröffnet und Vormittags 1/9 Uhr in der Verhandlung des Punktes 4 der Tagesordnung fortgesetzt.

Der Vorsitzende verlas die Präsenzliste und konstatierte die Anwesenheit aller Delegirten mit Ausnahme der Herren Fülke und Forstreuter. Anwesend waren die Vorstandsmitglieder Brandmaier und Städter, vom Ausschuss Herr F. Tilgner und die Mitglieder des Bureaus.

Der Vorsitzende fordert zunächst auf, eine Kommission zur Prüfung der Fahrgeleber zu wählen. Gewählt wurden Herr Woller aus Berlin und Herr Braun aus Leipzig. Zu dieser Kommission wurde der Kassier, Herr Städter delegirt. Der Delegirte Forstreuter erscheint in der Versammlung. Auch Herr Fülke findet sich noch ein.

Der Vorsitzende stellt den Antrag der Verwaltungsstelle Magdeburg § 7 Abs. 7 zur Diskussion. Herr Schubert aus Magdeburg begründete diesen Antrag. Dieser Antrag wurde einstimmig abgelehnt.

Zu dem Antrag 7 Abs. 8 der Verwaltungsstelle Magdeburg spricht in der Debatte Herr Schubert zur Begründung. Bei der Abstimmung wird dieser Antrag einstimmig abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag 11 § 8 a der Verwaltungsstelle Stuttgart zur Diskussion. Herr Hebbel erhält zur Begründung des Antrags das Wort. Herr Falke aus Offenbach spricht sich gegen die Annahme dieses Antrags aus, und Herr Brandmaier empfiehlt die Ablehnung dieses Antrags, zumal derselbe im Widerspruch mit Antrag 23 stehe.

Herr Schneider bittet zur Geschäftsordnung das Wort und beantragt, den Antrag 23 des Zentralvorstandes vor Antrag 11 zu beraten und zu beschließen.

Der Vorsitzende Jost weist darauf hin, daß im Falle der Annahme dieses Antrags auch die übrigen Anträge auf Erhöhung der Unterstützung vorab zu verhandeln werden müßten. Er empfiehlt deshalb Ablehnung des Antrags Schneider zur Geschäftsordnung. Herr Brandmaier befürwortet auch die Vorberathung des Antrags 23 des Zentralvorstandes in Verbindung mit den Anträgen der Verwaltungsstellen Stuttgart, Dresden Antrag 24 und der Verwaltungsstelle Frankfurt zu § 10 Abs. 1. Herr Müller und Herr Hebbel sprechen sich weiterhin über die Geschäftsbehandlung aus.

Der Vorsitzende Jost schreitet zur Abstimmung, es wurde einstimmig beschlossen, die Anträge 23, 24 und den Antrag der Verwaltungsstelle Stuttgart und Dresden zu § 10 Abs. 1 vor Antrag 11 zu verhandeln. Der Vorsitzende eröffnet die Debatte. Herr Brandmaier erhält das Wort zur Begründung des Antrags 23 des Zentralvorstandes. Er führt die Erwägungen des Zentralvorstandes vor, die zu diesem Antrage geführt haben. Er trägt die Berechnungen, die diesen Antrag rechtfertigen, vor und weist daraus nach, daß die Leistungen an die doppelt Versicherten größer sind, als an die einfach Versicherten, der Antrag bezwecke diese Ungerechtigkeit auszugleichen, der Antrag hülte sich aber auch zu radikalen Reformen zu greifen, deren Wirkungen nicht vorausgesehen werden könnten. Er betone, daß nach dem Antrag die doppelt Versicherten genau das erhalten, was sie früher bezogen haben, nur sei die Berechnung eine andere.

Herr Müller aus Dresden verzichtet auf die nähere Begründung des Antrags Dresden, weil derselbe mit dem Antrage des Zentralvorstandes im Wesen übereinstimme. Er konstatiert auch aus Dresden, daß die doppelt Versicherten in Dresden bedeutend mehr bezogen haben, als die einfach Versicherten. Er empfiehlt den Antrag des Zentralvorstandes.

Ein neuer Antrag Falkes findet nicht die genügende Unterstützung und wird deshalb zur Verhandlung nicht zugelassen. Herr Schneider betont, daß die Annahme des Antrags des Zentralvorstandes die doppelt Versicherten benachtheilige und deshalb entristen werde. Er empfiehlt die Ablehnung des Antrags des Zentralvorstandes, da es Unrecht sei, den doppelt Versicherten zu nehmen, was die einfach versicherten Mitglieder nach dem Antrag erhalten sollen.

Herr Brandmaier rechtfertigt nochmals den Antrag des Zentralvorstandes und betont, daß der Antrag den einfach Versicherten nur gewähre, was die Kasse nach dem Gesetz gewähren müsse, der Antrag rechtfertige sich aus dem bedeutenden Anwachsen der Doppelversicherung und halte sich innerhalb der Grenze der Leistungsfähigkeit der Kasse, er garantire, daß die Kasse neue Mitglieder werben werde, insbesondere aus der jüngeren Kollegenschaft.

Herr Loth aus Leipzig empfiehlt den Antrag des Zentralvorstandes insbesondere mit dem Hinweis, daß die Doppelversicherung der Kasse ein Defizit einbringe, welches der Antrag mit Erfolg abwehre.

Herr Falke befürwortet die Annahme des Antrags 23 und betont, daß auch die doppelt Versicherten aus seiner Verwaltungsstelle dem Antrage als gerecht und billig zustimmen, wie ja auch schon andere Kassen das im Antrag ausgesprochene Prinzip angenommen hatten. Herr Starke aus München findet in dem Antrag 23 nur eine Rechtfertigung des Münchener Antrags auf Umwandlung der Zentralkasse in eine Zuschußkasse. Er wendet sich scharf gegen den Antrag, da er die Rechte und Interessen der doppelt Versicherten arg verletze und den Grundsatz verlasse: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Herr Brandmaier widerlegte in seiner Antwort auf Starke's Angriffe die Ausführungen desselben und weist insbesondere aus der Rechnung der Verwaltungsstelle München selbst nach, daß der Antrag gerechtfertigt sei. Herr Riedl aus Nürnberg spricht die Befürchtung aus, daß der Antrag in der Praxis das Gegentheil dessen bewirken werde, was man von ihm erhoffe und empfiehlt deshalb dessen Ablehnung. Herr Knorr aus Stettin tritt auch für seine Person für den Antrag des Zentralvorstandes ein und betont vor Allem die Bedeutung desselben für die Werbung neuer Mitglieder. Herr Brandmaier rechtfertigt weiter den Antrag des Zentralvorstandes und hält für nöthig, daß die Delegirten in ihren Verwaltungsstellen den Mitgliedern die statistischen Berechnungen des Vorstandes zur Kenntniß bringen, die Mitglieder würden sich diesfalls gewiß dem Antrage des Zentralvorstandes anschließen und ihn willkommen heißen.

Herr Müller aus Frankfurt begründet und befürwortet warm den Antrag des Zentralvorstandes zur Annahme.

Auch Herr Jost wendet sich in längerer Rede gegen den Antrag. Herr Otto Schneider befürchtet von der Annahme des Antrags, daß den Freunden der Zuschußkasse geradezu in die Hände gearbeitet werde, und befürwortet die Ablehnung des Antrags 23, der nur Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten bringe.

Herr Brandmaier spricht nochmals ausführlich zur Begründung dieses Antrags, wendet sich insbesondere gegen die von Herrn Jost empfohlene liberale Finanzpolitik der Kasse, die nur zu einem Defizit führen wird, hebt hervor, daß die Kasse schon in die siebente Reihe gerückt sei, während sie früher die vierte Klasse gewesen sei, wenn die Kassen nach ihrem Vermögen in eine Reihe gestellt würden.

Herr Hebbel spricht gegen den Antrag des Zentralvorstandes und empfiehlt die Annahme des Antrags der Verwaltungsstellen Berlin und München.

Herr Adler aus Hamburg empfiehlt gerade aus den Verhältnissen der Hamburger Verwaltungsstelle heraus die Annahme des Antrags des Zentralvorstandes. Herr Reitz aus Wieser spricht für die Annahme des Antrags des Zentralvorstandes und betont, daß, obwohl die Mitglieder seiner Verwaltungsstellen doppelt Versicherte seien, dieselben doch alle für den Antrag des Zentralvorstandes seien.

Herr Schröder aus Hannover spricht für Annahme des Antrags Berlin und München, weil dieser Allen etwas bringe. Herr Schneider-Berlin weist darauf hin, daß die Leistungen der Kasse für die einfach Versicherten schon dadurch erhöht seien, daß die Tage der Ärzte heute bedeutend erhöht sei, als früher. Auch in der Annahme des Heilstättenwesens liege eine Erhöhung der Kassenleistungen

für die einfach Versicherten, es kann deshalb davon nicht geredet werden, daß ein Unrecht an den einfach Versicherten auszugleichen sei, der Antrag füge den doppelt Versicherten nur Unrecht zu. Herr Berlinghoff erklärt, daß die Darlegungen, insbesondere die Berechnungen des Vorstandes ihn von der Gerechtigkeit und Billigkeit des Antrags des Zentralvorstandes überzeugt hätten, er empfehle die Annahme des Antrags des Zentralvorstandes, obwohl er selbst doppelt Versicherter sei.

Herr Wei führt aus, daß die Debatte nur den Freunden der Zuschußkassen Nutzen und Material zur Begründung ihres Antrags geschafft habe. Er entnimmt seine Beweise für die Richtigkeit des Antrags aus den Verhältnissen der Verwaltungsstelle Leipzig heraus, die den Antrag des Zentralvorstandes angenommen habe, obwohl $\frac{5}{10}$ ihrer Mitglieder doppelt Versicherte seien. Die Verwaltungsstelle habe sich überzeugt, daß der Antrag des Zentralvorstandes allerdings einen gerechten Ausgleich zwischen den doppelt und einfach Versicherten herbeiführe. Er spricht gegen den Antrag Berlin insbesondere aus dem Grunde, daß die Annahme dieses Antrags die Nothwendigkeit nach sich ziehe, in drei Jahren die Leistungen wieder herunter zu setzen. Er beantragt zum Schluß die Annahme des Antrags des Zentralvorstandes.

Herr Loth aus Leipzig befürwortet die Annahme des Antrags 23 und ist der Meinung, daß die Freunde der Zuschußkasse sich irren, wenn sie dächten, dieser Antrag und die darüber geführte Debatte fördere ihre Sache, übrigens sei auch dies gleichgiltig.

Herr Falke aus Offenbach spricht nochmals für die Annahme des Antrags 23, betont, daß die Begründung, welche der Antrag vom Vorstande erhalten habe, von keinem Gegner als Redner erschüttert oder gar widerlegt worden sei.

Der Vorsitzende Jost erteilt Herrn Tilgner als Vorsitzenden des Ausschusses das Wort, trotzdem ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen sei. Herr Tilgner spricht in längerer Rede zur Rechtfertigung des Antrags 23 der Verwaltungsstellen Berlin und München. Er betont, daß das Vermögen der Kasse im Wesentlichen von den doppelt Versicherten geschaffen worden sei, ihnen dürfe deshalb keinesfalls ein Nachtheil zum Nutzen der einfach Versicherten zugefügt werden.

Der Abgeordnete Zink beantragt, die Debatte zu schließen und begründet diesen Antrag. Herr Braun widerspricht diesem Antrage. Der Vorsitzende läßt abstimmen. Es stimmen 13 für den Antrag, 16 gegen den Antrag. Die Debatte wird fortgeführt.

Herr Braun aus Leipzig erhält das Wort und legt den Standpunkt der Mitglieder der Leipziger Verwaltungsstelle dar, welche gegen den Antrag des Zentralvorstandes sind, er findet den Ausgleich, den man erstrebt, am besten darin, daß das Heilstättenwesen ausgebaut werde.

Herr Fülke aus Leipzig befürwortet die Annahme des Antrags des Zentralvorstandes als eine Nothwendigkeit, weil die Kasse für ihren Fortbestand nöthig habe, daß sie Mitglieder aus der jüngeren Kollegenschaft werbe. Herr Müller aus Dresden dokumentirt aus den Kassenverhältnissen der Hamburger Verwaltungsstelle für die Begründung des Antrags 23.

Herr Knorr aus Stettin empfiehlt die Annahme des Antrags 23 aus Gründen der Gerechtigkeit und der Agitations- und Anziehungskraft des Antrags 23 unter der jüngeren Kollegenschaft.

Herr Berlinghoff verwahrt sich gegen eine mißverständliche Auffassung seiner Ausführungen seitens des Herrn Tilgner.

Herr Müller aus Frankfurt empfiehlt nochmals die Annahme des Antrags 23 auch mit Rücksicht auf die sachgemäße Erlebigung der Tagesordnung.

Herr Jost verkündet, daß die Neberrliste erschöpft ist und betont, daß kein Delegirter aus bloßer Recht-

haberei an seinem Standpunkt festhält und abstimme, sondern ein Jeder aus bester Ueberzeugung stimmen werde. Er weist den dahin zielenden Vorwurf eines Nebenrs zurück.

Herr Tigner aus Berlin ergreift nochmals das Wort zur Begründung des Antrags 25. Darauf erteilt der Vorsitzende Herrn Brandmair das Schlusswort. Herr Brandmair führt nochmals die Statistik des Vorstandes vor, die derselbe zur Begründung seines Antrags aufgenommen hat und betont die Zuverlässigkeit dieser Ziffern, die beweisen, daß es in drei Jahren notwendig sein wird, die Beiträge zu erhöhen und die Rassenleistungen herabzumindern, wenn der Antrag 23 abgelehnt würde. Herr Brandmair beantragt namentliche Abstimmung über den zur Verhandlung stehenden Antrag 23.

Der Vorsitzende eröffnet die Debatte über dem Antrag auf namentliche Abstimmung. Herr Schneider bittet diesen Antrag abzulehnen. Herr Kloth-Leipzig spricht für den Antrag. Der Antrag wird darauf mit Mehrheit angenommen.

Herr Falke aus Offenbach beantragt, über den Berliner Antrag zuerst abzustimmen, der mangels Unterstützung zurückgewiesen wird.

Der Vorsitzende schritt zur Abstimmung. Es stimmten mit

Ja: Blei, Bergmann-Leipzig, Weismann, Kloth, Pfüke, Zinke, Müller-Dresden, Lohr, Knorr, Adler, Schubert, Forstreuter, Kaufmann, Müller-Frankfurt, Falke, Glaab, Joh. Reik, Chr. Reik, Geschwinder, Wenige, Berlinghoff.

Mit Nein: Braun, Paul Schneider, Jost, Otto Schneider, Woller, Bergmann-Berlin, Bytomski, Schröder, Heibel, Starke, Niedl.

Es stimmten also 21 mit Ja und 11 mit Nein. Bei der Abstimmung über den Antrag 24 der Verwaltungsstelle Dresden wird dieser Antrag abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt zur Diskussion die Anträge 25 § 10 Abs. 1, 26, 27, 28, 29 und 30 und den Antrag der Verwaltungsstellen Stettin, Hannover und Magdeburg § 10 Abs. 1. Herr Schneider empfiehlt die Annahme des Antrags 25 schon als Konsequenz der Ablehnung des Antrags 23. Herr Kloth empfiehlt die Ablehnung dieser Anträge, schon um deswillen, weil der Antrag 23 nur durch Zufall abgelehnt worden sei, weil der Delegirte Jacob nicht habe mit stimmen können, da er abwesend sei.

Herr Brandmair empfiehlt Namens des Vorstandes die prinzipielle Ablehnung aller Anträge auf Erhöhung der Leistungen, da die Berechnungen des Vorstandes dies als eine Nothwendigkeit ergeben hatten.

Herr Falke spricht für Ablehnung des Antrags.

Herr Heibel befürwortet die Annahme des Antrags 25. Herr Braun aus Leipzig spricht für theilweise Annahme des Berliner Antrags 25 und kündigt einen diesbezüglichen Antrag an. Herr Starke-München rechtfertigt den Antrag 25 mit dem Hinweis auf die Ueberschüsse der Kasse und auf die Versprechungen in der letzten Generalversammlung. Herr Adler aus Hamburg erklärt, daß er für den Antrag Berlin stimmen werde, weil die Mitglieder seiner Verwaltungsstelle unbedingt eine Erhöhung der Leistungen der Kasse erwarteten. Herr Brandmair berichtigt die Ausführungen des Herrn Starke und wiederholt, daß nach den Berechnungen des Vorstandes allerdings zu erwarten sei, daß durch die Annahme der Anträge die Kasse in ein Defizit gestürzt werde. Herr Müller aus Frankfurt spricht gegen die Annahme.

Der Vorsitzende theilt mit, daß von Braun ein neuer Antrag eingegangen sei. Derselbe hat die genügende Unterstützung gefunden.

Er lautet:

§ 10 Abs. 1: 10 Pf. pro Arbeitstag mehr.

§ 10 Abs. 2: 5 Pf. pro Arbeitstag mehr.

Der Vorsitzende stellt auch diesen Antrag zur Diskussion.

Herr Zink spricht gegen die Anträge, insbesondere weil bei Annahme der Anträge die Erhöhung des Sterbegeldes unmöglich sei.

Herr Brandmair weist auf die Konsequenzen dieses Antrags hin und legt dar, daß der Antrag falsch gefaßt sei, und das nicht sage, was er erstrebe und wolle.

Herr Knorr aus Stettin befürwortet den Antrag der Verwaltungsstelle Stettin § 8 Abs. 4. Herr Heibel befürwortet die beantragten Erhöhungen.

Herr Brandmair bittet, den Antrag der Verwaltungsstelle Stettin abzulehnen, weil er nach außen hin ein falsches Bild von der Kasse gebe.

Der Antrag Brauns wird von Schneider jetzt in neuer Fassung eingebracht. Auch dieser Antrag hat genügende Unterstützung gefunden.

Er lautet:

§ 10 Abs. 1. 1. Klasse: 1 Mk. 85 Pf.
2. " 1 = 54 "
3. " 1 = 30 "
4. " — = 80 "

§ 10 Abs. 2. 1. Klasse: 2 Mk. 55 Pf.
2. " 2 = 54 "
3. " 2 = — "
4. " 1 = 50 "

Herr Falke spricht gegen diesen Antrag. Herr Brandmair betont die Gefährlichkeit dieses Antrags, insbesondere entspreche er nicht dem ortsüblichen Tagelohn.

Herr Blei beantragt, eine Kommission zu wählen, welche einen korrekten, mit den gesetzlichen Vorschriften im Einklang stehenden Antrag formuliren soll.

Herr Jost stellt den Antrag Blei zur Diskussion. Herr Müller macht Bedenken aus der Geschäftszurordnung geltend.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Blei genehmigt.

In die Kommission werden gewählt Falke, Paul Schneider und Schröder aus Hannover. Dieselben nehmen die Wahl an.

Die Versammlung beschließt, eine Pause eintreten zu lassen, bis die Kommission ihre Arbeit beendet hat.

Nach kurzer Pause wird die Verhandlung wieder aufgenommen. Herr Falke aus Frankfurt erstattet Bericht über die Kommissionsarbeit und verliest die von der Kommission formulirten Anträge in folgendem Wortlaut:

Die Kommission beantragt, die Fassung in § 10 Abs. 1 und 2 zu streichen und dafür zu setzen:

Das Krankengeld beträgt:

1. Klasse 2,— Mk. täglich, 12,— Mk. wöchentlich
2. " 1,65 " " 9,90 " "
3. " 1,45 " " 8,70 " "
4. " —,80 " " 4,80 " "

Mitglieder, welche nachweislich noch anderweitig und zwar bei einer auf Grund des Gesetzes errichteten Krankenkasse oder der Gemeindefrankenversicherung gegen Krankheit versichert sind, erhalten, sofern sie die von der Kasse nach § 8 Abs. a zu gewährenden freie ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel nicht in Anspruch nehmen wollen, an Krankengeld und zwar:

1. Klasse 2,55 Mk. täglich, 15,30 Mk. wöchentlich
2. " 2,20 " " 13,20 " "
3. " 2,— " " 12,— " "
4. " 1,20 " " 7,20 " "

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion über diesen Antrag. Herr Brandmair und Herr Müller empfehlen die behaltelose Annahme dieses Antrags.

Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung. Dieser Antrag wird, also in der vorstehenden Fassung der Kommission, einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende konstatiert, daß durch die Annahme dieses Antrags alle Anträge auf Erhöhung von Unterstühtungen und Krankengeld gefallen seien.

Die Anträge 24 bis 30 und Antrag 11 werden deshalb nicht zur Abstimmung gebracht.

Der Vorsitzende Jost eröffnet die Diskussion zu Antrag 12 und 13.

Herr Heibel begründet den Antrag 12. Herr Blei empfiehlt die Ablehnung des Antrags 12 und des Antrags 13, da das bisherige Statut das Richtige normire. Herr Pfüke rügt, daß der Antrag 12 schon gesetzlich unzulässig sei und beantragt deshalb die Ablehnung des Antrags 12. Dagegen rechtfertigt er den Antrag 13 und empfiehlt die Annahme des Antrags 13.

Herr Brandmair schließt sich den Ausführungen des Herrn Pfüke an. Er legt dar, daß der Antrag 13 nur bezwecke, Zweifel in der Auslegung des Statuts zu beseitigen. Herr Blei spricht gegen die Anträge und beantragt die Ablehnung derselben, weil sie ein Unrecht gegen die ausgesteuerten Kranken seien.

Herr Schneider erklärt sich mit der Beschränkung mit diesen Anträgen einverstanden, daß anstatt 12 Monate, 24 Monate gesetzt werden, welche Einschränkung schon Brandmair empfohlen habe.

Herr Müller aus Frankfurt befürwortet die Annahme der Anträge insbesondere zum Schutz derjenigen, die dauernd 39 Wochen erwerbsunfähig sind.

Herr Adler bittet um Ablehnung der Anträge, da die Vorschriften des bisherigen Statuts besser seien.

Herr Blei berichtigt die Ausführungen des Herrn Adler und des Herrn Müller. Letzterer erwidert.

Herr Falke aus Offenbach befürwortet die Annahme der Anträge als eine Verbesserung des Statuts.

Herr Brandmair wendet sich gegen Blei und legt dar, daß die Anträge nur die Rechte der Mitglieder erweitern.

Herr Heibel ergreift nochmals das Wort zu diesen Anträgen.

Herr Schröder befürwortet die Annahme der Anträge, schon weil das Statut dadurch an Klarheit gewinne.

Herr Kloth beantragt unter genügender Unterstützung, den Antrag 13 dahin abzuändern, daß anstatt der Worte „während der Dauer von 3 Jahren“ die Worte gesetzt werden, „während der Dauer von 24 Monaten“.

In der darauf vorgenommenen Abstimmung wird der Antrag 12 abgelehnt, der Antrag 13 mit der von Kloth beantragten Aenderung angenommen.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion zum Antrag Stettin § 82 a. Herr Knorr aus Stettin begründet diesen Antrag. Herr Falke spricht sich für die Ablehnung dieses Antrags aus.

Herr Schneider-Berlin spricht auch gegen den Stettiner Antrag als überflüssig. Herr Knorr sucht Herrn Schneider in Gegenrede zu widerlegen.

Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung. Der Antrag wird gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Er leitet die Diskussion auf Antrag 14. Herr Otto Schneider begründet diesen Antrag. Herr Berlinghoff und Herr Reik empfehlen den Antrag zur Annahme. Herr Blei spricht für die Ablehnung dieses Antrags, Herr Brandmair empfiehlt gleichfalls die Ablehnung des Antrags, hält aber diesen Antrag für zulässig, wenn die Dauer der Unterstützung auf 26 Wochen oder bei 52 Wochen für die letzten 26 Wochen zur Hälfte beschränkt werde.

Herr Heibel befürwortet die Annahme des Antrags, begründet dies, weil die Kasse genug Vermögen habe.

Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung. Der Antrag wird gegen 8 Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion zu Antrag 16. Herr Brandmair empfiehlt die Annahme dieses Antrags, weil er praktisch notwendig sei. Herr Blei spricht gegen den Antrag, weil wenigstens für Leipzig der Antrag unausführbar sei bei der hier herrschenden Meinenz der Aerzte. Herr Tigner führt aus, daß die Aerzte dieses Verhalten ändern werden, wenn das Statut die im Antrag geforderte Be-

glaubigung des Arztes fordert; er empfiehlt die Annahme des Antrags. Im selben Sinne spricht Schneider aus Berlin. Herr Berlinghoff bestätigt für Sena die von Herrn Blei gemachte Erfahrung mit den Nerven. Er hält deshalb den Antrag für undurchführbar.

Herr Brandmair spricht nochmals zur Begründung des Antrags, den er als selbstverständlich bezeichnet. Er findet die Annahme schon notwendig gegenüber den Revisionsbeamten der Aufsichtsbehörde.

Herr Braun spricht gegen den Antrag.

Herr Niedl aus Nürnberg empfiehlt die Annahme des Antrags zu dem Zwecke, den Verkehr mit den Ärzten zu erleichtern, er bewirke auch, daß die Mitglieder aufmerksamer werden.

Herr Blei bittet, den Antrag mit dem Zusätze anzunehmen, daß für den Fall, daß der Arzt die Beglaubigung verweigert, die Vorschrift dieses Antrags nicht angewendet werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag 16 angenommen.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion zu Antrag 19. Es spricht Herr Hebbel zur Begründung des Antrags. Bei der Abstimmung wird Antrag 19 abgelehnt. Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion zu Antrag 20. Herr Brandmair empfiehlt die Annahme des Antrags ohne Diskussion, weil er nur eine bessere Redaktion bezweckt.

Der Vorsitzende stellt gleichzeitig die Anträge 21 und 22 zur Debatte. Es spricht Herr Geschwinder für den Antrag 21. Herr Brandmair spricht gegen die Annahme aller dieser Anträge schon um desswillen, weil der Antrag 21 praktisch undurchführbar sei.

Bei der Abstimmung wird der Antrag 20 angenommen. Die Anträge 21 und 22 werden abgelehnt.

Die Debatte wird vom Vorsitzenden auf Antrag 31 übergeleitet.

Herr Falke erklärt, daß die Verwaltungsstelle Offenbach auf diesen Antrag verzichte.

In der Abstimmung wird der Antrag 31 abgelehnt.

Der Vorsitzende erstreckt die Diskussion auf Antrag 32. Dieser Antrag wird nach Befürwortung durch Brandmair angenommen.

Der Vorsitzende stellt die Anträge 33 und 34 zur Diskussion. Herr Brandmair begründet den Antrag 33 mit der Leistungsfähigkeit der Kasse. Er wendet sich gegen den Berliner Antrag 34, der Antrag des Zentralvorstandes wäre billiger und praktischer. Herr Müller befürwortet Antrag 33. Der Vorsitzende läßt abstimmen. Der Antrag 33 wird einstimmig angenommen. Dadurch fällt der Berliner Antrag 34.

Der Antrag 35 wird nach Diskussion in der Abstimmung abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag 35 zur Diskussion. Herr Berlinghoff befürwortet die Annahme dieses Antrags. Bei der Abstimmung wird dieser Antrag abgelehnt. Nach Diskussion des Antrags 36, in welcher Herr Falke zur Begründung spricht und Herr Abler und Niedl die Verwerfung dieses Antrags befürworten, wird Antrag 36 abgelehnt.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion der Anträge 37 bis 41 und des Antrags der Verwaltungsstelle Magdeburg und Stettin. Herr Schneider aus Berlin befürwortet die Annahme der Anträge. Schneider spricht für die Annahme des Antrags 37 schon mit Rücksicht darauf, daß es sich um Kleinigkeiten handelt. Herr Knorr spricht für die Annahme des Antrags Stettin, da schon zu große Leistungen der Kasse beschlossen seien. Herr Brandmair spricht gegen die Annahme der Anträge mit der Motivierung, daß er sie empfehlen könnte, wenn eine Karenzzeit von 5 Jahren eingefügt würde, diese Anträge würden auch die Genehmigung der Behörde jetzt erlangen. Herr Bohr spricht zur Begründung des Antrags 39. Herr Niedl zieht den Antrag 38 zu Gunsten des Antrags 37 zurück.

Herr Schneider aus Berlin beantragt unter genügender Unterstützung, dem Antrag 37 zuzufügen, „sofern das Mitglied 5 Jahre der Kasse als Mitglied angehört hat“. In der Abstimmung wird der Antrag 37 mit dem beantragten Zusatz angenommen. Der Vorsitzende konstatiert, daß damit die Anträge 37 bis 41 und die Anträge Magdeburg und Stettin zu § 13 gegenstandslos geworden seien.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion über den Antrag der Verwaltungsstelle Gotha zu § 13. Herr Wenige begründet diesen Antrag. Herr Brandmair befürwortet diesen Antrag abzulehnen, weil Rechte nur auf so lange gewährt werden können, als die Pflichten erfüllt werden. Herr Paul Schneider spricht für die Zurückweisung dieses Antrags. Es spricht nochmals Herr Wenige. Der Antrag Gotha wird in der Abstimmung abgelehnt.

Es wird darauf in eine Mittagspause eingetreten, vorher aber das Protokoll über die heutige Verhandlung bis hierher vorgelesen und allseitig richtig gesprochen und genehmigt.

10 Minuten nach 3 Uhr wird die Versammlung durch Verlesen der Präsenzliste wieder eröffnet. Die Versammlung erweist sich vollzählig.

Herr Jost eröffnet die Debatte über die Feststellung der Diäten. Herr Schneider schlägt einen Diätensatz von 10 Mk. vor.

Niemand wünscht weiter das Wort. Der Vorschlag Schneiders auf 10 Mk. Diäten wird einstimmig genehmigt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag 42 zur Debatte. Herr Hebbel begründet diesen Antrag. Herr Brandmair erhält das Wort zu diesem Antrag und bittet um Ablehnung des Antrags und weist nach, daß dem Antrag schon durch die an die Aufsichtsbehörde einzureichenden Nachweise genügt wird. In der Abstimmung wird dieser Antrag abgelehnt.

Der Vorsitzende leitet die Debatte auf die Anträge 43 bis 46 über. Dazu ist ein dringlicher, genügend unterstützter Antrag zu § 7 Abs. 5 des Statuts von Berlinghoff gestellt, das Wort „eingeschrieben“ zu streichen.

Berlinghoff begründet diesen Antrag. Die eingeschriebene Zusendung verursacht unnütze Kosten und gefährde die geheime Wahl. Herr Brandmair hält die eingeschriebene Sendung für absolut notwendig, da sonst der Nachweis für die Ausübung des Wahlrechts und für die Einbringung der Stimmzettel nicht geführt werden könne; er hält sogar für notwendig, vorzuschreiben, daß auch die Wahlvorschläge „eingeschrieben“ gesendet werden.

Herr Kittel als Mitglied bestätigt die Ausführungen des Herrn Brandmair und empfiehlt die Beibehaltung der eingeschriebenen Sendung der Stimmzettel.

Herr Pfütze befürwortet die Annahme des Antrags 46 des Zentralvorstandes, spricht sich gegen den Antrag der Verwaltungsstelle Stuttgart aus und führt aus, daß der Antrag 43 schon genügend Berücksichtigung in dem Antrag des Zentralvorstandes gefunden habe.

Herr Falke spricht sich gleichfalls für den Antrag des Zentralvorstandes aus. Herr Keiz weist die gegen die Verwaltungsstelle Bieber erhobenen Vorwürfe zurück. Herr Hebbel spricht nochmals zu dem Antrag 44 von Stuttgart und empfiehlt nochmals die Annahme dieses Antrags. Herr Brandmair empfiehlt die Ablehnung des Antrags 44 und die Annahme des Antrags 46 mit der von Pfütze empfohlenen Abänderung. Herr Schröder aus Hannover befürwortet den Antrag 47 Stuttgart. Herr Starke rechtfertigt den Antrag 47. Herr Müller verteidigt diesen Nebenpunkt gegenüber dem Antrag 46.

Der Vorsitzende Herr Blei, der den Vorsitz von Herrn Jost übernommen hat, schreitet zur Abstimmung.

Der Antrag 43 wird abgelehnt.

Der Antrag 44 wird abgelehnt.

Der von Berlinghoff gestellte Antrag, das Wort „eingeschrieben“ zu streichen, wird ebenfalls abgelehnt.

Der Antrag 46 wird einstimmig angenommen mit der von Pfütze vorgeschlagenen Abänderung.

Der Antrag 45 ist damit erledigt. Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion zu Antrag 47. Herr Falke erklärt, daß er den Antrag zurückziehen beauftragt sei, da die Unterstützung erhöht sei. Herr Hebbel schließt sich den Ausführungen des Herrn Falke an. In der Abstimmung wird der Antrag 47 abgelehnt.

Der Vorsitzende verliest einen Antrag des Herrn Kloth zu § 30 Abs. 2 des Statuts; genügend unterstützt. Er lautet:

Die eingegangenen Anträge hat der Zentralvorstand so zu sichten, daß die gleichartigen Anträge gemeinschaftlich verhandelt werden. Die Versammlung beschließt einstimmig auf Antrag Brandmairs, diesen Antrag zur Verhandlung über die allgemeinen Anträge zurückzusetzen.

Der Vorsitzende verliest einen neuen, genügend unterstützten Antrag zu § 42 des Statuts, letzter Satz, und stellt ihn zur Debatte, die dem Antrag beigegebene Begründung zum Vortrag bringend. Der Antrag lautet:

§ 42 letzter Satz soll lauten:

Zu ihrer Gültigkeit gehört der mit einfacher Majorität aller abgegebenen Stimmen gefasste Beschluß der Generalversammlung. Der Antragsteller Kloth begründet in längerer Rede den Antrag. Herr Brandmair rechtfertigt gegenüber diesem Antrag die bisherige Vorschrift des Statuts, daß Zweidrittelmajorität zur Abänderung des Statuts notwendig sei. Er weist darauf hin, daß fast alle anderen Krankenkassen die gleiche Vorschrift haben und deshalb anzunehmen sei, daß die Zweidrittelmajorität besser garantire, daß der Wille der Kassenmitglieder wirklich und wahr zum Ausdruck komme, auch eine größere Stabilität sichere, die für die Kasse unentbehrlich sei.

Herr Schneider spricht sich auch für das Beibehalten der Zweidrittelmajorität aus und bittet den Antrag Kloth abzulehnen. Herr Kloth verteidigt seinen Antrag nochmals. Es meldet sich Niemand mehr zum Wort. Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung. Der Antrag wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Der Antrag 48 wird zur Debatte gestellt. Herr Schneider aus Berlin begründet diesen Antrag, indem er den Delegierten anheim giebt, den Antrag anzunehmen oder abzulehnen. Herr Starke spricht gegen den Antrag und bittet den Antrag zurückzuziehen.

Herr Kloth spricht noch gegen den Antrag 48. In der Abstimmung wird der Antrag gegen drei Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende leitet die Verhandlung auf die Allgemeinen Anträge sub B über.

Herr Schneider spricht zur Begründung der eingebrachten, dem Protokoll in der Anlage A beigelegten Resolution und empfiehlt die Annahme dieser Resolution.

Der Vorsitzende Jost, der den Vorsitz wieder übernommen hat, fragt nach der Unterstützung und konstatiert, daß diese Resolution genügend unterstützt wird. Herr Schneider empfiehlt die Annahme dieser Resolution, zumal der Verbandsvorstand der vereinigten Hilfskassen selbst zu solchen Resolutionen aufgefordert habe und das in der Resolution empfohlene Werk in die Hand zu nehmen beabsichtige.

Herr Braun empfiehlt die Annahme der Resolution. Herr Brandmair rügt, daß die Resolution sich bloß auf die tuberkulösen Kranken beziehe, während z. B. die Nerventranten derselben Unterstützungen bedürften. Herr Schneider beantragt, der Resolution anzufügen: Bei Erkrankungen an Lungentuberkulose, an Nervenleiden und Rheumatismus.

Herr Brandmair macht andere Bedenken geltend, die Resolution gehe zu weit und reize die Mitglieder zu weitgehenden Ansprüchen auf, welche die Kasse absolut nicht erfüllen könne.

Herr Schneider widerlegt die Bedenken des Herrn Brandmair und empfiehlt nochmals warm die

Annahme der Resolution, es sei dies ein Akt der Humanität.

Herr Otto Schneider weist darauf hin, daß die Resolution in Berlin in der Wahlversammlung am 27. Mai angenommen und dem Vorstand mit den Wahlvorschlügen übersendet worden sei, es sei also genügende Zeit vorhanden gewesen, die Resolution zu erwägen und Stellung zu ihr zu nehmen.

Herr Brandmair erwidert den Herren Schneider, daß es sich nicht bloß um Berlin, sondern um alle Verwaltungsstellen handle, und für diese sei die Resolution noch nicht zur Beschlußfassung reif. Herr Adler spricht seine Verwunderung aus, daß die Resolution eine solche Debatte hervorrufe.

Darauf geht ein Antrag von Kloth ein, der als Anlage B dem Protokoll beigelegt ist. Herr Brandmair führt aus: die Zentralkasse werde sich den Maßnahmen des Verbandsvorstandes anschließen, man solle sich aber nicht durch Annahme der Resolution in dieser Frage präjudizieren. Herr Lohr-Buchholz läßt sich auch zur Resolution aus. Herr Kloth befürwortet seinen Antrag, die Resolution einer Kommission zur Berathung und Beschlußfassung zu überweisen.

Herr Otto Schneider spricht nochmals für die Annahme der Resolution. Herr Niede aus Nürnberg findet die Resolution auch noch nicht für spruchreif, seine Wahlstelle wisse auch noch gar nichts davon.

Herr Brandmair empfiehlt die Annahme der Resolution unter der Voraussetzung, daß der Vorstand des Verbandes der freien Hilfskassen die Resolution für seine Kassen angenommen hat und daß die Resolution nur unter den Bedingungen und Voraussetzungen, welche der Verbandsvorstand aufstelle, zur Ausführung gelange. Herr Tilgner spricht auch dafür, daß die Resolution dem Zentralvorstande überlassen werde. Herr Schneider begründet nochmals die Resolution und verlangt insbesondere einen Beschluß der Generalversammlung, um den Zentralvorstand zum Handeln im Sinne dieser Resolution zu verpflichten.

Herr Brandmair rechtfertigt im Weiteren seinen Standpunkt.

Der Antrag Kloth wird mit Majorität angenommen. Auch beschließt die Versammlung, Punkt 2 der Resolution dem Vorstand der Zentralkasse zur Erledigung im Sinne des Antrags Kloth zu überweisen.

Bei Berathung der allgemeinen Anträge kommt der Antrag Kloth, wie er oben gestellt ist, zur Verhandlung.

Herr Brandmair versichert, daß der Vorstand sich bemühen wird, dem Antrag Kloth gerecht zu werden.

Herr Kloth begründet seinen Antrag. Bei der Abstimmung wird dieser Antrag angenommen.

Der Vorsitzende leitet die Debatte auf Antrag 49 über. Herr Starke begründet diesen Antrag. Herr Niede tritt auch für die Vereinfachung der Formulare ein. Herr Brandmair weist darauf hin, daß der Verband gleiche Krankenscheine in allen Kassen obligatorisch eingeführt habe, und daß deshalb der Zentralvorstand nicht in der Lage ist, dem Antrage 49 nachzukommen. Der Antrag wird gegen 1 Stimme abgelehnt. Ueber den Antrag 50 wird diskutiert. Herr Niede begründet diesen Antrag aus praktischen Fällen, welche durch das Statut nicht gedeckt werden.

Herr Brandmair wendet sich gegen den Antrag, namentlich weil dieser Antrag jede Kontrolle aufhebe und der Untrene Thor und Thüre öffne.

Herr Falke aus Offenbach vertritt den Standpunkt Brandmairs und bittet um Ablehnung des Antrags 50. Herr Niede plaidirt jetzt dafür, daß doch im Statut zum Ausdruck gebracht werde, daß verlorene Marken bezahlt werden.

Der Vorsitzende macht auf den Widerspruch Niede's und des Antrags 50 aufmerksam. Herr Tilgner wendet sich gegen den Antrag 50 und den

Standpunkt Niede's. Herr Müller aus Frankfurt spricht gegen den Antrag.

Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung. Der Antrag 50 wird abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt zur Diskussion die allgemeinen Anträge C Nr. 2 und 3 der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. Die Anträge werden diskutiert. Der Antrag Nr. 2 und 3 wird angenommen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag 51 zur Diskussion; ebenso den allgemeinen Antrag der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. sub C und Allgemeine Anträge sub B.

Es sprechen die Herren Niede und Müller, Ersterer für Nürnberg, Letzterer für Frankfurt. Herr Schubert schlägt Magdeburg vor. Außerdem liegt ein Antrag vor, der Berlin vorschlägt. Herr Starke erinnert an die Beschlüsse der Generalversammlung, in Mitteldeutschland zu tagen, und bittet in diesem Sinne zu entscheiden. Der Vorsitzende theilt mit, daß er Stimmzettel vertheilen lasse, damit durch Stimmzettel abgestimmt werde.

Herr Woller empfiehlt Berlin als Tagesort für die nächste Generalversammlung.

Herr Städter giebt bekannt, daß die Diäten und Fahrkosten der heutigen Generalversammlung ca. 2100 Mk. betragen, während die früheren ca. 2600 Mk. gewesen wären.

Herr Berlinghoff empfiehlt Jena; Herr Starke ermahnt die Mitglieder sich von Sparamteitsrückichten bei der Abstimmung leiten zu lassen und empfiehlt Leipzig. Herr Kloth spricht für Frankfurt bezw. eine Stadt in Süddeutschland.

Herr Schneider äußert sich auch.

Der Vorsitzende giebt Auftrag zur Einsammlung der Stimmzettel und beauftragt Berlinghoff mit der Auszählung der Stimmzettel.

Herr Brandmair ergreift das Wort zu den allgemeinen Anträgen und stellt den Antrag, welcher das Abonnement der Kassenzeitung betrifft. Die Versammlung nimmt diesen Antrag einstimmig an. Herr Brandmair stellt weiter den dem Protokoll in der Anlage Y beigelegten Antrag. Die Versammlung nimmt diesen Antrag ohne Diskussion an. Herr Brandmair stellt ferner den dem Protokoll in der Anlage X beigelegten Antrag. Der Vorsitzende stellt auch diesen Antrag zur Diskussion. Herr Reiz und Herr Niede sprechen zu diesem Antrag. Dieser Antrag wird mit Mehrheit angenommen.

Herr Berlinghoff theilt das Resultat der Auszählung mit:

Leipzig	hat	7	Stimmen
Frankfurt	=	10	"
Berlin	=	12	"
Magdeburg	=	2	"
Jena	=	1	"

Der Vorsitzende konstatiert, daß die nächste Generalversammlung in Berlin stattfindet. Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung über Punkt 5 der Tagesordnung.

Herr Braun beantragt, Herrn Städter als Kassier mit einem Gehalt von 1700 Mk. fest anzustellen.

Herr Blei bittet, bei der Behandlung dieses Punktes der Tagesordnung Namen nicht zu nennen. Herr Schneider empfiehlt gleichfalls die feste Anstellung eines Kassiers. Herr Falke beantragt, den Gehalt des Vorsitzenden auf 2000 Mk. zu fixiren. Herr Weichmann tritt gleichfalls im Namen der Leipziger Delegirten für Erhöhung des Gehalts des Vorsitzenden ein.

Herr Braun überreicht den Antrag, den Kassier fest mit 1700 Mk. und den Vorsitzenden mit 2000 Mk. fest anzustellen.

Dieser Antrag Brauns wird mit Einstimmigkeit angenommen.

Der Vorsitzende leitet die Verhandlung auf Punkt 6 der Tagesordnung.

Zur Wahl als Vorsitzenden wird Herr Brandmair vorgeschlagen; zur Wahl als Kassier Herr

Städter vorgeschlagen. Beide Herren erklären, daß sie eine Wahl annehmen.

Der Vorsitzende kündigt an, daß die Wahl durch Stimmzettel vorzunehmen sei. Mit Austheilung, Einsammlung und Auszählen der Stimmzettel werden für den ersten, die Wahl des Vorsitzenden betreffenden Wahlgang die Herren Lohr und Berlinghoff beauftragt.

Für den zweiten, die Wahl des Kassiers betreffenden Wahlgang werden mit dem Wahlgeschäft die Herren Bytomski und Müller-Dresden beauftragt.

Herr Berlinghoff berichtet, daß im ersten Wahlgange Herr Brandmair einstimmig als erster Vorsitzender gewählt sei.

Der Vorsitzende theilt das Resultat der Kassierwahl mit und konstatiert, daß Herr Städter einstimmig als Kassier gewählt sei.

Zur Wahl als zweiter Vorsitzender wird vorgeschlagen Herr Otto Zipperer aus Leipzig. Herr Fost beauftragt mit dem Wahlgeschäft in Rücksicht des zweiten Vorsitzenden Herrn Berlinghoff und Lohr. Als zweiter Kassier schlägt Herr Blei Herrn Emil Pfütze vor. Das Wahlgeschäft besorgt Herr Bytomski bezw. der Wahl des zweiten Kassiers.

Herr Berlinghoff verkündet, daß Herr Zipperer mit 31 Stimmen als zweiter Vorsitzender gewählt sei. Der Vorsitzende verkündet, daß Herr Emil Pfütze als zweiter Kassier mit 31 Stimmen gewählt sei.

Als erster Schriftführer ist vorgeschlagen Herr W. Taschenberg in Leipzig.

Als Beisitzer für den Vorstand werden vorgeschlagen die Herren Schröder, Leichmann, Zinke und Gerwin.

Der Vorsitzende verkündet, daß Taschenberg mit 32 Stimmen als Schriftführer gewählt sei. Der Vorsitzende verkündet, daß als Beisitzer gewählt sind:

Schröder	mit	32	Stimmen.
Leichmann	=	32	"
Georg Zinke	=	31	"
Gerwin	=	32	"

Als Ersatzmänner werden vorgeschlagen die Herren: Schneefuß, Nette, König, Emil Kloth, Braun, Woserau, Ernst Glaubig, Otto Schröder, Holzweiß.

Als Mitglieder des Ausschusses werden vorgeschlagen die Herren: Georg Wäfelser, Wilhelm Tilgner, Karl Wiese, Wilhelm Micheler, Alfred Schneider, und als Ersatzmänner für den Ausschuß werden vorgeschlagen die Herren: Georg Schmidt, Albert Soemann, August Durow, Leo Schlopper, Julius Krause.

Herr Bytomski beantragt Namens der Berliner Delegirten zur Geschäftsordnung, dem Ausschuß insgesamt 25 Mk. pro Jahr zu bewilligen.

Herr Tilgner theilt mit, daß ihn der Ausschuß beauftragt habe, der Generalversammlung vorzuschlagen, daß den Ausschußmitgliedern die baaren Auslagen erstattet werden. Der Antrag Bytomski, dem Ausschuß 25 Mk. pro Jahr zu vergüten, wird angenommen.

Als Ersatzmänner für den Vorstand sind gewählt, wie der Vorsitzende verkündet:

Schneefuß	mit	32	Stimmen,
Nette	=	32	"
König	=	31	"
Kloth	=	31	"
Braun	=	31	"
Woserau	=	32	"
Holzweiß	=	32	"
Glaubig	=	32	"
Otto Schröder	=	32	"

Als Mitglieder des Ausschusses verkündet der Vorsitzende als gewählt die Herren:

Tilgner	mit	32	Stimmen,
Wäfelser	=	30	"
Wiese	=	31	"
A. Schneider	=	31	"
Micheler	=	31	"

Als Mitglieder für den Revisionsausschuß werden vorgeschlagen die Herren Tiedemann, Krempler und Weismann.

Herr Weismann verzichtete auf die Wiederwahl.

Als Ersatzmänner für den Ausschuß werden als gewählt verkündet die Herren:

Schlopper	mit 32 Stimmen,
Schmidt	= 32 =
Somann	= 32 =
Krause	= 32 =
Burow	= 30 =

als gewählt. Als Mitglieder des Revisionsausschusses werden verkündet die Herren:

Krempler	mit 23 Stimmen,
Tiedemann	= 24 =

Als Ersatzmänner für den Revisionsausschuß sind vorgeschlagen: Herr Karl Arnold, Herr Franz Langrock.

Als solche gewählt werden verkündet:

Herr Langrock	mit 30 Stimmen,
Herr Arnold	= 30 =

Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung zu Punkt 8 der Tagesordnung.

Herr Schneider beantragt, die Tabelle des Vorstandes drucken zu lassen. Herr Brandmair schlägt vor, sie autographieren zu lassen und sie in einer Anzahl von 6 Exemplaren den Verwaltungsstellen zuzustellen. Die Versammlung beschließt einstimmig den Vorschlägen Brandmairs gemäß.

Herr Brandmair regt Beschlußfassung über die Art der Veröffentlichung des Protokolls der Generalversammlung an. Herr Heibel schlägt vor, das Protokoll als Beilage der Zeitung zu veröffentlichen. Herr Brandmair bittet, daß die Verwaltungsstellen die Anzahl anzeigen, welche sie von dem Protokoll brauchen, danach werde er die Abdrücke fertigstellen lassen. Die Versammlung beschließt mit Mehrheit, das Protokoll als Beilage der „Buchbinderzeitung“ drucken zu lassen.

Herr Reitz beantragt als Reklame für die Kasse Plakate zu veröffentlichen. Dieser Antrag wird gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Herr Pfütze beantragt, der Verwaltungsstelle Leipzig die Kosten, die sie aus Anlaß der Generalversammlung gehabt hat, aus der Kasse der Zentralkasse theilweise wenigstens zu erstatten.

Dieser Antrag wird mit Mehrheit angenommen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird die Abstimmung über die angenommenen Anträge auf Statutenänderung nochmals en bloc wiederholt. Die Versammlung beschließt darauf nochmals die Annahme aller angenommenen Anträge auf Aenderung der Statuten einstimmig.

Auf Anregung des Herrn Jost unter Zustimmung der Versammlung erstattet hierauf Herr Schneider Bericht über den Tuberkulosekongreß; ebenso über den Kongreß der Krankentasse.

Herr Braun ergänzt den Bericht des Herrn Schneider in seiner Eigenschaft als delegirter Arbeitervertreter auf dem Tuberkulose- und Krankentassenkongreß.

Herr Loth ergeht sich in längerer Rede über die Bedeutung dieser Kongresse, warnt vor Ueberschätzung derselben und huldigt der Lösung, Arbeiter, hilf dir selbst, nicht nur durch die Krankentassen, sondern durch die Gewerkschaften.

Herr Tilgner schließt sich den Ausführungen Kloths an.

Da sich auf Befragen des Vorsitzenden Niemand zum Wort meldet, konstatirt derselbe das Einverständnis der Generalversammlung mit dem Bericht Schneiders.

Herr Falke spricht dem Bureau den Dank für die Leitung der Generalversammlung aus.

Herr Schneider dankt den Kollegen der Verwaltungsstelle Leipzig für ihre Thätigkeit für diese Generalversammlung.

Herr Brandmair erhält das Schlußwort.

Herr Jost spricht zum Schluß den Wunsch aus, daß die Beschlüsse und die Thätigkeit der Generalversammlung der Kasse zum Wohle gereichen und schließt darauf die neunte Generalversammlung.

Das Protokoll wurde verlesen, genehmigt und vorgelesen, von den unterschriebenen

Bernh. Jost, Vorsitzender,
Fr. Rob. Biei, zweiter Vorsitzender,
Albert Bergmann,
Emil Pfütze, zweiter Schriftführer,
Emil Robert Panier, als zugezogener Zeuge,
August Hermann Tröttschel, als zugezogener Zeuge,
Rechtsanwalt Paul Dix, als Rechtsbeistand.

In der am 25. und 26. Juni 1899 abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung sind folgende Statutenänderungen beschloffen worden:

§ 6 hinter den Worten „und sich innerhalb 14 Tagen nach der Entlassung wieder anmelden“ ist einzufügen „und durch Militärpapiere oder auch auf eigene Kosten durch Zeugniß des Kassenarztes nachweisen, daß sie gesund sind“.

Als Abs. 1 § 6 anzufügen: Die Bestimmungen des bestehenden Absatzes finden auch Anwendungen auf Mitglieder, welche in einer Gemeinde-, Staats- oder Privatversorgungsanstalt (worunter Versicherungsanstalten nicht zu verstehen sind) untergebracht sind.

§ 8 2 b ist anzufügen: Solche Mitglieder, welche der Kasse 52 Wochen angehören, ohne zuvor krank gewesen zu sein, erhalten die Unterstützung auf die Dauer von 52 Wochen.

§ 8 2 als Abs. c ist anzufügen: Mitglieder, welche nach vorstehendem Absatz die vollen Leistungen bezogen, erhalten, sofern dieselben während der Dauer von 24 Monaten keine Unterstützung mehr bezogen, die vollen Leistungen wieder.

§ 8 Absatz 3 nach den Worten: Diese Beschelnigung ist wöchentlich zu erneuern, ist einzufügen: Krankenscheine, auf welchen Daten geändert sind, werden nicht anerkannt, wenn nicht die vorgenommene Aenderung von dem Arzt auf dem Scheine selbst beglaubigt ist.

§ 9 Abs. 1 soll lauten: Der Bezug des Krankengeldes endet mit dem Tage, für welchen die Gesundheit bezw. die Erwerbsfähigkeit festgestellt oder die Unterstützungsfrist abgelaufen ist. Für den Tag, an welchem der Kranke für gesund resp. erwerbsfähig erklärt wird, wird keine Unterstützung gezahlt, sofern nicht der Arzt diesen Tag als Krankheitstag ausdrücklich bestimmt.

§ 10 Abs. 1 soll lauten: Das Krankengeld beträgt:

I. Klasse	2,— Mfr. täglich,	12,— Mfr. wöchentlich
II.	= 1,65 =	= 9,90 =
III.	= 1,45 =	= 8,70 =
IV.	= —,80 =	= 4,80 =

§ 10 Abs. 2. Mitglieder, welche nachweislich noch anderweitig, und zwar bei einer auf Grund des Gesetzes errichteten Krankentasse oder der Gemeindefrankenversicherung gegen Krankheit versichert sind, erhalten, sofern sie die von der Kasse nach § 8 Abs. 1 zu gewährende freie ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel nicht in Anspruch nehmen wollen, an Krankengeld und zwar:

I. Klasse	2,55 Mfr. täglich,	15,30 Mfr. wöchentlich
II.	= 2,20 =	= 13,20 =
III.	= 2,— =	= 12,— =
IV.	= 1,20 =	= 7,20 =

§ 10 Abs. 3 ist anzufügen: Bei längerer Dauer des Aufenthaltes in der Anstalt zählt die Kasse auf keinen Fall mehr als die in Abs. 1 festgesetzte Unterstützung.

§ 10 Abs. 5 ist einzufügen hinter den Worten „befritten wurde“: „erhalten ein Taschengeld von 30 Pfg. pro Arbeitstag oder falls der etwa verbleibende Ueberschuß mehr beträgt, diesen ausbezahlt, ebenso Soldaten“ u. s. w.

§ 13 Abs. 2 ist anzufügen: Sofern ein Mitglied der Kasse 5 Jahre angehört hat, wird ein um 10 Mfr. höherer Betrag der obigen Sätze ausbezahlt.

§ 27 Abs. 14 soll lauten: Wahlabtheilung I. Leipzig. II. Berlin. III. Offenbach. IV. Stuttgart. V. Hannover. VI. Dresden. VII. Frankfurt a. M. VIII. München. IX. Hamburg. X. Nürnberg. XI. Annaberg, Buchholz, Freiberg, Chemnitz. XII. Halle, Mittelburg, Gera, Gotha, Apolda, Weimar, Schleiz. XIII. Magdeburg, Bielefeld, Braunschweig, Hagen, Hildesheim. XIV. Stettin, Neu-Ruppin, Schwerin, Breslau, Breg, Bremen, Oldenburg. XV. Aachen, Köln, Bonn, M.-Glabbach. XVI. Düsseldorf, Dortmund, Dülmen, Barmen, Essen, Iserlohn. XVII. Revelar, Oberfeld. XVIII. Biele, Obertshausen. XIX. Würzel, Feggenheim. XX. Heusenstamm, Hausen, Bergen, Mühlheim. XXI. Mannheim, Mainz, Karlsrube, Wiesbaden, Kirchheimbolanden, Grünstadt. XXII. Freiburg, Lahr, Reutlingen, Ulm, Heilbronn. XXIII. Regensburg, Würzburg, Fürtth, Erlangen, Augsburg. XXIV. Die einzelstehenden Mitglieder.

Angenommene Resolutionen (Anlage A).

- Bei Erkrankung an Lungentuberkulose kann der Vorstand, sobald ein Mitglied in eine Heilanstalt vom Kassenarzt verwiesen wird, über die Höhe des ortsüblichen Minimums der Krankenhäuser hinausgehen, und zwar bis auf die Dauer von 13 Wochen, um so den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, den Verordnungen Folge zu leisten und einer schnelleren Heilung nicht hinderlich zu sein. Paul Schneider.
- Werden Mitglieder, sobald sie an Lungentuberkulose erkranken, von einer Invalviditäts- oder Altersversorgung an eine Heilanstalt verwiesen, so erhalten auch diejenigen, welche nur unserer Kasse angehören, das erhöhte Krankengeld auf die Dauer von 13 Wochen. Paul Schneider, J. Krause, D. Schewe, Wilhelm Hinj.

Hierzu wurde folgender Antrag angenommen (Anlage B):

Die Generalversammlung verweist die Resolution von Schneider und Genossen an den Zentralvorstand zur Berücksichtigung und zur nothwendigen Erweiterung im Sinne der gepflogenen Verhandlungen, auch bleibt die redaktionelle Fassung demselben überlassen. Loth.

Zu den allgemeinen Anträgen:

Die für die Generalversammlungen eingegangenen Anträge hat der Zentralvorstand so zu sichten, daß die gleichartigen Anträge gemeinsam verhandelt werden können. Loth.